

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bezugspreis:
Für den Monat September 200.— M.,
woraus zahlbar: Unter Kreuzband für
Deutschland, Dänzig, Saar- und
Rheinland, sowie Österreich und
Luxemburg 24.— M., für das übrige
Europa 28.— M., für das übrige
Asien, Australien, Dänemark, Eng-
land, Schweden, Finnland, Frankreich,
Holland, Dänemark, Luxemburg, Oester-
reich, Schweden, Schweiz, Tschecho-
slawien und Ungarn.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Himmel und Erde“
erscheint wochentags zweimal, Sonntags
und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Anzeigenpreis:
Die einseitige Hauptzeile
kostet 40.— M., Nebenzeile 18.— M.,
„Kleine Anzeigen“ des festgesetzten
Wort 12.— M. (zwei bis zwei
Zeilen Worte), jedes weitere Wort
10.— M., Strichgeschäfte und Schlei-
neranzeigen das erste Wort 7.— M.,
jedes weitere Wort 5.— M., Worte
über 15 Buchstaben zählen für zwei
Worte, Familien-Anzeigen für Wochentags-
nummern 10.— M.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Schluß
von 9 Uhr früh bis 3 Uhr nachmittags.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—295
und 2506—2507

Sonnabend, den 9. September 1922

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Hauptredaktion u. Inzeraten-
Abteilung: Dönhoff 2506—2507

Eine Rückfrage nach Brüssel.

Keine Garantieleistung der Industrie. — Ein Stinnes-Zwischenfall.

Die Garantieleistungen für die der belgischen Regierung auszuhandigenden Schatzwechsel haben die Reichsregierung am Freitag fortgesetzt beschäftigt. Nach einer Chefbesprechung am Vormittag trat nachmittags um 4 Uhr das Kabinett zusammen, um sich mit einem Vorschlag, der abends den Belgiern vorgetragen wurde, zu befassen. Die Reichsregierung sah sich zu einem Vorschlag ohne Beteiligung anderer Garantoren gezwungen, nachdem eine Garantieleistung durch die Industrie an den unannehmbaren Bedingungen der Industriellen gescheitert und ein von Herrn Stinnes verursachter Zwischenfall durch das Bemühen der Reichsregierung beigelegt worden war. Herr Stinnes hatte sich am Donnerstag bei dem von Herrn Demelmans veranstalteten Frühstück einige Bemerkungen geäußert, die von neuem bewiesen, daß ein guter Geschäftsmann ein sehr schlechter Politiker sein kann.

Der Vorschlag der Reichsregierung an die Belgier zielt auf eine Dreiteilung hinaus, jedoch nicht in der Art, daß für die Schatzwechsel drei Garantoren in Frage kommen, sondern die sicherzustellende Summe derart geteilt wird, daß das letzte Drittel, also 90 Goldmilliarden, nach 1 1/2 Jahren gezahlt wird. Die Regierung hat inzwischen Mittel und Wege in Aussicht genommen, die die Ausbringung von je 90 Milliarden im Verlaufe von je sechs Monaten gewährleisten. Reichsbankpräsident Havenstein hat diesem Vorschlag seine Zustimmung gegeben.

Abends 5 1/2 Uhr traten die deutschen Unterhändler mit den Vertretern der belgischen Regierung im Finanzministerium zu einer Besprechung dieses Vorschlages zusammen, die in den Abendstunden noch fortbauerte.

Zu später Stunde meldet noch WTB.: Die belgischen Delegierten verhandelten heute nachmittags 5 Uhr im Reichsfinanzministerium mit dem Minister Hermes und den Staatssekretären Bergmann und Schröder. Der belgischen Delegation wurden bestimmte Vorschläge vorgelegt. Diese Vorschläge wurden erörtert, und es wurden die notwendigen Aufklärungen darüber gegeben. Die belgischen Delegierten erklärten, daß sie sich wegen der Vorschläge mit ihrer Regierung in Verbindung setzen müßten und daß sie voraussichtlich in der Lage sein würden, am Sonnabend eine Antwort zu geben. Am Sonnabend, den 9. September, werden also wahrscheinlich die Verhandlungen ihren Abschluß finden.

Erklärung des Reichsverbandes der Industrie.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie teilt mit: Die gestrigen Mittags- und Abendblätter bringen im Zusammenhang mit den deutsch-belgischen Verhandlungen die Nachricht, daß daran gedacht werde, die deutsche Industrie als Gesamtheit für die noch in diesem Jahre fälligen Reparationsschulden in Höhe von 270 Millionen Goldmark heranzuziehen. Es sei geplant, den Reichsverband der Deutschen Industrie zum Träger einer solchen Garantie zu machen.

Demgegenüber ist festzustellen, daß der Reichsverband der Deutschen Industrie seinem Aufbau und seiner Kompetenz nach überhaupt nicht in der Lage ist, eine derartige Garantie zu übernehmen, und daß entsprechende Verhandlungen mit ihm nicht gepflogen worden sind.

Stinnes über seinen Vertrag.

Nach dem Auswärtigen Ausschuss.

Trotz der verfassungsmäßig verbürgten Vertraulichkeit der Verhandlungen des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten machen sich gewisse Organe geradezu einen Sport daraus, in Indiskretionen über diese Verhandlungen zu wetteifern. So werden auch über die gestrige Sitzung des Ausschusses von verschiedenen Seiten mehr oder weniger irreführende Berichte verbreitet, unter denen jener des schwerindustriellen T.L.-Bureaus der bemerkenswerteste ist. Es wird dort über die Rede, in der sich Herr Stinnes zu seinem berühmten Vertrag äußerte, folgendes berichtet:

Abgeordneter Stinnes führte u. a. aus, daß man französischerseits mehrfach an ihn herangetreten sei, ein derartiges Abkommen zu schließen. Bezüglich der gegen diesen Privatvertrag erhobenen Einwände wies er auf das Vertrauen hin, das die französische Wirtschaft ohne Zweifel zur deutschen Wirtschaft habe und welches in der Zuverlässigkeit und Bonität der belgischen Privatwirtschaft begründet sei. Hinsichtlich des viel besprochenen Prozentsatzes des Aufschlags, der von vornherein von der französischen Regierung Herrn Suberac zugestimmt war und deshalb in gleicher Höhe auf der deutschen Seite des Vertrages erscheinen mußte, erklärte Herr Stinnes, daß sowohl Herr Suberac wie er sich vertraglich verpflichtet hätten, aus dem ganzen Abkommen keinen Pfennig Gewinn für sich selbst erzielen zu dürfen.

Hier wird Herrn Stinnes, zu seinem höheren Ruhm, eine Behauptung zugeschoben, die er niemals aufgestellt hat, und über die er selber lächeln wird. Seine Aufklärungen bezogen

sich nur auf die angebotene Vermittlungsprovision von 6 Proz., von der nach seiner Versicherung nichts in seine Tasche fließen soll, obwohl er sich vollkommen freie Verfügung über sie vorbehält. Diese Möglichkeit über die großen Summen der Vermittlerprovision zu verfügen, stellt für die Firma Hugo Stinnes einen ansehnlichen Nachschub dar, der sicher nicht gegen die Interessen der Firma zur Anwendung gebracht werden wird. Außerdem aber ergeben sich aus dem Lieferungs-geschäft selbst Gewinne von vorläufig gar nicht abschätzbarer Höhe und daß die Firma Hugo Stinnes auf diese Gewinne verzichten wird, hat der Abgeordnete Stinnes mit keinem Wort behauptet.

Man möge also nicht versuchen, die neuen Kapitalmonarchen mit einem Nimbus der Uneigennützigkeit zu umgeben, der ihnen nicht steht und der zu den „gesunden Geschäftsprinzipien“, die sie vertreten, nicht paßt.

Damit soll Herrn Stinnes keineswegs persönliche Geldgier nachgelagt werden, die zu betätigen er nach seinen bisherigen Erfolgen sicher nicht mehr nötig hat. Aber zweifellos ist Herr Stinnes bemüht, die Hausmacht seiner Firma zu vermehren, die nie geworden wäre, was sie ist, wenn sie jemals das Wort Verdienen klein geschrieben hätte. Und das tut sie natürlich auch jetzt nicht.

Der Stinnesvertrag ist sicher ein bedeutendes Ereignis. Er ist ein Sieg des Kapitalismus über den Staatsgedanken und das gemeinwirtschaftliche Prinzip. Er zeigt, mit welcher Macht geschäftliche Angelegenheiten in die Politik hinüberspielen. Wer aber den erfolgreichen Geschäftsmann Stinnes zu einem uneigennütigen Volkshelden und großen Staatsmann aufzublasen verucht, der leistet der Wahrheit und dem deutschen Volk den schlechtesten Dienst.

Genugtuung für Oberkassel?

Nach dem Sozialdemokratischen Parlamentsdienst wird von belgischer Seite angekündigt, daß der Reichsregierung für die unberechtigten Verhaftungen deutscher Bevölkerungsteile und die überreichten Maßnahmen der belgischen Besatzungsbehörde Genugtuung geleistet werden soll.

Die belgische Regierung bereitet durch folgende Meldung der Agence Belge auf die förmliche Bertündigung der Wahrheit vor:

Brüssel, 8. September. (Agence Belge) Die Staatsanwaltschaft, die die Erschießung der beiden belgischen Soldaten in Oberkassel untersucht, hat wichtige Feststellungen gemacht. Aus den ersten Ermittlungen der Sachverständigen geht hervor, daß die am Tatort gefundenen beiden Patronen von der Pistole herrühren, die der belgische Sergeant in Händen hatte, als er überfiel, daß aber die Gewehrpatrone, die gleichfalls am Tatort gefunden wurde, von gleicher Art ist, wie diejenigen, die die deutschen Polizeibeamten besitzen. Diese Feststellungen geben zu neuen Nachforschungen Anlaß. Man muß indessen annehmend schon jetzt den Verdacht fallen lassen, der auf den Gästen der Kaffee-Stube ruhte; sie sind infolgedessen in Freiheit gesetzt worden, ebenso der Wirt und seine Frau. Der Sohn des Wirtes, der Drohungen gegen den Sergeanten ausgesprochen hatte, bleibt in Haft. Ein Deutscher wird gesucht; man glaubt, daß er nach Kassel geflüchtet ist. Es ist nicht richtig, daß der Sohn des Wirtes erlöset hätte, er habe jemand auf die Wache schreien sehen. Nach den bisher festgestellten Tatsachen scheint es sich nicht um eine im Alkoholrausch begangene Tat zu handeln. Die näheren Umstände des Dramas sind noch nicht aufgeklärt.

Der griechische Zusammenbruch.

In Athen ist die Regierung zurückgetreten; eine neue soll ernannt sein. Der König scheint nicht geflüchtet zu sein. Die Alliierten-botschafter in Athen haben die Regierung aufmerksam gemacht, daß die Schandtat ihrer flüchtenden Truppen gegen die kleinasiatische Bevölkerung türkische Griechenverfolgungen nach sich ziehen könnten. Der in Smyrna „unbeliebte“ griechische Oberkommissar ist auf ein griechisches Schiff geflüchtet. Seine Beamten mit den Alliierten sind schon im Voraus eingetroffen, mit ihnen 800 Flüchtlinge aus Smyrna.

Die Türken jagen ihre Gegner vor sich her, dem Meere zu. Der Kommandant der griechischen Vortruppen, ungefähr zwanzig Kilometer von Smyrna, wurde von dem Kommandeur der türkischen Vorhut aufgefordert, Smyrna zu übergeben. Weiteres Blutvergießen sei zwecklos. Der türkische Kommandant betonte dabei, daß die Bevölkerung von einer Besetzung der Stadt durch die Türken nichts zu befürchten brauche.

Die Entente-Konferenz in Venedig soll beschleunigt werden. Man will — sogar! — die Türken miteinladen.

Ein bedauerliches Demaské erzählt unser Hintwels, der demokratische Geist des tschechischen Volkes zeige sich äußerlich auch darin, daß das Militär in der Tschechoslowakei außer Dienst keine Waffen trage. Aus Prag wird nämlich gemeldet, daß jetzt ein Kuherdienst-Geleitgewehr eingeführt wird.

Prager Politik.

Von Rudolf Sillong.

Prag, Anfang September.

Zwei Faktoren üben auf die jetzige außen- und innenpolitische Lage der Tschechoslowakei den größten Einfluß: die Konsolidierung der Kleinen Entente und der Aufstieg der tschechischen Valuta.

Die Konferenzen der Kleinen Entente in Prag und Marienbad, an denen Vertreter der Tschechoslowakei, Jugoslawiens, Rumaniens sowie auch Polens teilnahmen, führten zu einem engeren Zusammenschlusse dieser vier Staaten als bisher. Wie der offizielle Bericht besagt, „wurde eine vollkommene Übereinstimmung der Ansichten erzielt und Entscheidungen sowohl bezüglich des Vorganges wie auch betreffs der Lösung der einzelnen Probleme getroffen“. Die Kleine Entente und das ihr angegliederte Polen wollen als eine geschlossene Einheit auftreten, die sich die Aufrechterhaltung des Friedens in Mitteleuropa zum Ziele gesetzt hat. Die Notwendigkeit des einheitlichen Vorgehens wurde bei diesen Konferenzen ausdrücklich betont, und zwar „in allen Fällen, wo die gemeinsamen Interessen bedroht wären“.

Die Habsburger-Frage steht nach dem Tode Karls zwar nicht mehr im Vordergrund, ist jedoch auch nicht endgültig beseitigt. Trotz der scheinbaren Ruhe weisen viele Merkmale darauf hin, daß die Habsburger-Freunde im Auslande zusammen mit den bayerischen Monarchisten eifrig für ihre Ziele tätig sind. Schutz und Unterstützung gewährt ihnen außerdem Horthy-Ungarn. Gegen die monarchistische Gefahr wurde eigentlich die Kleine Entente als Bollwerk geschaffen und leistet in dieser Beziehung der gesamten mitteleuropäischen Demokratie — also auch der österreichischen und deutschen — gute Dienste. (Dieser Nutzen der Kleinen Entente wird bekanntlich von der deutschen Sozialdemokratie der Tschechoslowakei lebhaft bestritten. Red. d. „V.“)

An der zukünftigen Entwicklung Oesterreichs hat die Tschechoslowakei ein reges Interesse. Der österreichische Bundeskanzler Seipel war bekanntlich vor kurzer Zeit in Prag, um sich über die Möglichkeit einer Anlehnung Oesterreichs an die Tschechoslowakei zu erkundigen. Die tschechische Regierung erklärte offen, keine Experimente empfehlen zu können und versprach Oesterreich dagegen eine kräftige Unterstützung seines Kreditansuchens beim Völkerbunde. Sogendeine, wenn auch nicht politische, sondern nur wirtschaftliche Angliederung Oesterreichs an die Tschechoslowakei, ob es nun eine Zoll- oder Valuta-Union ist, wäre absolut undurchführbar und unmöglich. An der Erweiterung der Prager Macht-sphäre bis nach Wien, von welcher manche Phantasten in Oesterreich träumen, oder gar an eine Aufteilung Oesterreichs, denkt kein einziger tschechischer Politiker.

Dagegen wünscht die Tschechoslowakei, daß Oesterreich nicht zusammenbreche und vor dem finanziellen Bankrott bewahrt werde. Sie will in erster Reihe, daß sich Oesterreich nach Bewilligung von notwendigen Krediten selbst saniere und seine Unabhängigkeit voll bewahre. Die sozialistischen Kreise der Tschechoslowakei weisen darauf hin, daß die großen Wiener Banken, die Riesensummen von wertvollen Devisen besitzen, selbst instande wären, die Sanierungsaktion durchzuführen, wozu sie jedoch von der Regierung gezwungen werden müßten — eine Forderung, die jetzt auch die Wiener Sozialdemokratie erhebt.

Italien schien unter dem Druck des Fascistenterrors sich mit der Absicht getragen zu haben, den Einfluß der Kleinen Entente zu brechen. Der Anlaß hierzu liegt bei Jugoslawien, mit dem Italien verschiedene Differenzen hat. Italien benützte die Gelegenheit, als Seipel die gleiche Frage wegen des Anschlusses in Verona wie in Prag stellte, um Oesterreich für sich zu gewinnen und durch eine Union mit ihm einen Riegel zwischen der Tschechoslowakei und Jugoslawien einzuschleiben. Dieser Plan Italiens scheiterte jedoch vollständig, und es war insbesondere die Wiener Sozialdemokratie, die sich energisch gegen eine Kolonisierung Oesterreichs durch Italien wandte.

Ebenso wie eine wirtschaftliche Union mit Italien für Oesterreich gefährlich und vielleicht verderblich sein müßte, wäre auch dem Donaufstaate mit einer Anlehnung an die Kleine Entente nicht geholfen, da diese keine wirtschaftliche, sondern nur eine außenpolitische Einheit darstellt. Daß es auch zu einer wirtschaftlichen Union zwischen den Staaten der Kleinen Entente kommen muß, ist zweifellos. Trotz der durch die riesige Wirtschaftskrise in der Tschechoslowakei deutlich hervor-tretenden Notwendigkeit einer solchen wirtschaftlichen Vereinigung, sind jedoch noch nicht die Bedingungen hierfür gegeben, und die Schaffung eines mitteleuropäischen Wirtschafts-bundes, an den sich auch Oesterreich anschließen könnte, ist noch ferne Zukunftsmusik. Die Idee der Gründung einer Donauföderation wird von der gesamten tschechischen Öffentlichkeit aus politischen Gründen entschieden zurückgewiesen.

Die Industriekrise verschärft sich inzwischen mit jedem Tag. Die tschechische Valuta steigt und ihr Wert im Auslande ist bereits fast viermal so hoch wie vor zwei Jahren.

Mit dem Steigen der Valuta sank jedoch gleichzeitig die Konkurrenzfähigkeit der tschechoslowakischen Exportware. Die ausländischen Abnehmer zogen ihre Bestellungen zurück, da ihnen die tschechoslowakischen Erzeugnisse infolge des Hochstandes der Valuta zu teuer waren. Ganze Industriezweige wurden lahmgelegt, Fabriken geschlossen und Zehntausende von Arbeitern entlassen. Die Zahl der Arbeitslosen in der Tschechoslowakei beträgt gegenwärtig über 600 000 und schwillt immer mehr an, so daß der Staat gezwungen ist, täglich Millionen für Arbeitslosenunterstützungen auszugeben. Gleichzeitig benützen die kapitalistischen Kreise der Tschechoslowakei den Aufstieg der Valuta dazu, um die Arbeiterlöhne herabzudrücken. Die Industriellen in Nordböhmen haben schon fast durchweg die Kollektivverträge gekündigt. Die Unternehmer wollen durch Lohnherabsetzungen sich für die durch den Kronenausstieg erlittenen Verluste entschädigen; dagegen ist jedoch die Kaufkraft der tschechischen Krone im Inlande nicht gestiegen und die Teuerung hält an. Die drohenden großen sozialen Kämpfe und die wachsende Arbeitslosigkeit nötigen die Regierung, sich mit der jetzigen Wirtschaftskrise ernst zu befassen. Auch die tschechoslowakische Sozialdemokratie hat bereits der Regierung in dieser Hinsicht ihr Programm vorgelegt.

Die Deflation, die jetzt in der Tschechoslowakei durchgeführt wird, ist eine schmerzhaft, aber notwendige Operation. Die tschechoslowakische Industrie wird sich den geänderten Verhältnissen anpassen haben und durch Verminderung ihrer bisherigen Preise ihre Ware den internationalen Marktpreisen näherbringen müssen. Andererseits wird auch der Staat mit der Ermäßigung der Steuern, Abgaben und Tarife der Industrie den Weg hierzu ebnen müssen. Ob eine Währungsreform durchgeführt wird, hängt in erster Linie davon ab, ob sich der Kurs der tschechischen Krone auf einem bestimmten Niveau stabilisieren und nicht mehr sinken wird, was jedoch vorläufig nicht vorausgesagt werden kann. Jedenfalls wird vor Einführung einer solchen Reform die Verbilligung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel eintreten müssen. Dem kommenden Finanzminister Dr. Ráshín wird die Aufgabe zufallen, die wirtschaftlichen Verhältnisse der Tschechoslowakei mit dem Stande der tschechoslowakischen Valuta im Auslande in Einklang zu bringen. Die sozialistischen Parteien, die in dem neuen Ministerium, dessen Präsident der Agrarier Schwelba sein wird, vertreten sein werden, müssen dann darüber wachen, daß die endgültige Regelung der Deflation nicht auf Kosten der Arbeiterschaft geschieht.

Die Durchführung der Umlage.

Die Klagen der Landwirte über die schlechte Ernte nehmen kein Ende. Der Zweck ist natürlich der, eine Herabsetzung des Umlagesolls zu erreichen. Wie uns mitgeteilt wird, ist das Reichsernährungsministerium für diese Klagen eigentlich zunächst die falsche Adresse; denn es ist Sache der Landesregierungen, bei einer geringen Ernte die erforderlichen Hilfsmassnahmen zu treffen. Die Länder haben die Unterverteilung in der Hand, und sie können zunächst ausgleichend wirken.

In Preußen liegen die Dinge im Augenblick so: Es liegen Klagen vor über Misperte und schlechte Ernte. Misperte soll bestehen in der Rheinprovinz, in Hessen-Rassau, in Ober- und Niederschlesien und in Ostpreußen. Nur jene Gesuche auf Herabsetzung des Umlagesolls, die sich auf eine Misperte gründen, gehen an das Reichsernährungsministerium. Die Feststellung des Tatbestandes ist Sache der Länder. Die Reichsregierung verlangt genaue Unterlagen, Probedrusche usw. Es ist einleuchtend, daß erst ein klares Bild über die Gesamt-Getreideernte vorliegen muß, bevor eine definitive Herabsetzung des Umlagesolls erfolgt. So ist auch für Schlesien, wo tatsächlich eine Misperte vorliegt, noch keine Entscheidung getroffen.

Bei den Gesuchen um Herabsetzung des Umlagesolls, die sich auf eine schlechte Ernte gründen — solche Gesuche gibt es begreiflicherweise immer sehr viele — ist es Sache der Landes-

regierungen, mit Hilfe ihrer Landesreserve zwischen den verschiedenen Umlagesolls der verschiedenen Bezirke auszugleichen zu wirken. Auch die Kommunalverbände haben bereits die Möglichkeit, innerhalb der kleinsten Bezirke auszugleichen. Aber selbst bei den Fällen, bei welchen es sich nur um schlechte Ernte handelt, kann der Ausgleich erst erfolgen, wenn ein Gesamtüberblick möglich ist. Zunächst muß also abgeliefert werden.

Unnütze Kombinationen.

Dieselbe Korrespondenz, die vor kurzem über angebliche Verhandlungen zur Verschmelzung des „Vorwärts“ mit der „Freiheit“ berichtete, meldet jetzt das Eingehen der „Freiheit“ zum 1. Oktober. Auch diese Meldung ist erfunden. Ueber die Frage, ob und wann die „Freiheit“ ihr Erscheinen einstellen, sind bisher noch keine Verhandlungen geführt, geschweige denn Beschlüsse gefaßt worden.

Der Monarchist muß bleiben!

Bilder aus der Reichswehr.

Das „B. T.“ veröffentlicht im Vorlaut das Schreiben eines Reichswehrunteroffiziers, der um seine Entlassung bittet unter Verzicht auf alle Gehaltsansprüche, weil er überzeugter Monarchist ist und sich seinerzeit nur in der Hoffnung auf baldige Wiederherstellung der Monarchie für die Reichswehr verpflichtet hat. — Der Mann ist natürlich nicht entlassen worden, sondern sein Gesuch wurde abgelehnt mit der Begründung, daß die zulässige Entlassungszahl von 2½ Proz. im Halbjahr bereits überschritten sei. Motto: Entpolitisierung der Reichswehr.

Das „B. T.“ spricht die Vermutung aus, daß der Unteroffizier seine monarchistische Gesinnung nur zur Verdeckung seiner Dienstmüdigkeit als Vorwand angegeben habe, um seine zwölfjährige Verpflichtung in der Reichswehr loszuwerden. Dann gehörte er ins Irrenhaus. Denn in diesem Falle hätte er vernünftigerweise sich als Republikaner bezeichnen sollen, dann wäre er sofort aus der Reichswehr herausgelassen. — Siehe Paderborn.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hatte, worauf wir hinwiesen, in ihrer Freitag-Morgenausgabe erklärt, daß der Dienst in der Justiz kein Dienst für die Republik sei. In ihrer Freitag-Abendausgabe ergänzte sie das noch. Der Reichspräsident Ebert hat nämlich bei einer Besichtigung der Reichsmarine die Erwartung ausgesprochen, daß die Reichsmarine auch zu ihrem Teil an der Festigung der Republik mitarbeiten werde. Das paßt der „Deutschen Tageszeitung“ ganz und gar nicht und sie brummt:

Unseres Erachtens hat die deutsche Reichsmarine andere Aufgaben, als an der Festigung der Republik mitzuwirken. . . Wir können die Ausrüstung des Reichspräsidenten, im Hinblick auf die ihm bekannten Empfindungen, die gerade seine Anwesenheit bei den ersten Flottenmanövern nach dem Kriege durch den sich notwendig aufdringenden schmerzlichen Vergleich mit einst ausgelöst wurde, nicht als sehr taktvoll bezeichnen.

Daß die Anwesenheit des Reichspräsidenten bei gewissen Marineangehörigen schmerzliche Gefühle auslöst, glauben wir gern. Bei der Schiffsstammbildung des Herrn Lampe befindet sich nach der „Volkszeitung“ als diensttuender Obermaat auch der Verfasser des berühmten „Eckhardt-Liedes“. Sollte diesen empfindsamen Seuten nicht Gelegenheit gegeben werden, ungehindert durch den Dienst in der Marine anderswo ihren schmerzlichen Gedanken nachzugehen?

Am Montag tritt der von Herrn Gehler gewünschte Reichstagsausschuß zur Untersuchung der Beschwerden über die Reichswehr zusammen.

Bitte tritt nicht zurück! Entgegen der U.-Rede von dem Rücktritt des Oberpräsidenten von Oberschlesien hören die P.P.R., daß bisher Oberpräsident Billa weder dem preussischen Staatsministerium seinen Rücktritt angezeigt hat, noch sonst irgendwas an den Berliner zuständigen Stellen von einem Rücktritt Billas bekannt ist. Schon aus diesem einfachen Grunde ist auch die Frage eines Amtsnachfolgers des Oberpräsidenten von Oberschlesien keineswegs akut.

außerordentliche Maßnahmen. Bei drei oder vieren sprach er nach-

einander ohne Erfolg vor. Da gab er es auf. Run glommt das Lichtlein der Hoffnung nur noch ganz schwach. Die eitle Phantasie, die ihn genarrt hatte, blieb ganz aus. Trübsal und Schmerz erfüllten den Mann. Zerfloßen alle Träume.

Es war nun ausgemacht: Er konnte den Mantel und die Hofe nicht abholen. — Er mußte verzichten. Verzich! Das war das Wort, das ihn die ganzen Jahre her begleitete. Nach welcher Seite sich seine Wünsche richteten, sie stießen immer auf das Wort: Verzich! So reiche Bilder ihm seine Phantasie malte: immer stand am Ende das Wort Verzich!

Der Mann reckt mühsam den Kopf wieder hoch. Es muß ja wieder weitergehen. Nicht einmal Zeit hat man, traurig zu sein.

Geh' nicht zum Film, mein Kind. . . Vor dem Filmmittel, der so manches junge Mädchen befallt, wenn es auf der Filmmantel den vorgeleuchteten Glanz der verlogenen Filmmantel sieht, warnt ein genauer Kenner der Wirklichkeit, der auch in Berlin bekannte dänische Filmregisseur Urban Gad.

Das vermeintliche Märchenland des Films ist — so schreibt er nach der „Köln. Ztg.“ — die bitterste, alltagsgraueste Prosa. Denn Glanz, Anmut, Pathos und spannender Reiz des Films sind nur die nach außen gewandte Seite der Sache; aber dahinter liegt eine so harte und einmühsame Arbeit wie kaum sonstwo, und eine Wildnis von Enttäuschungen und Ränken, den Körper verzehrend und die Nerven verschleißend, daß man sagen kann, ein Tag Filmmantel kostet einen ganzen Tag Arbeit. Da heißt's bei Morgengrauen heraus und hin zu dem unendlich fernem Atelier, um den ganzen Tag dienstbereit zu sein, abwechselnd in abgepannter Arbeit und in endlosen Wartestunden — unmöglich, zu sagen, was von beiden ermüdender und einmühsamer ist. Geheimtinkt sein — das bedeutet, etwa zehn Stunden lang das eigene Gesicht nicht berühren dürfen, um den Schweiß abzuwischen, und das bei einer Sommerhitze von etwa 30 Grad Celsius; im Winter dagegen muß man sich in einer Kälte aushalten, daß man's erleben kann, Eis auf dem Fußboden zu stehen. Dazu kommt, daß der Film einen in enge Berührung bringt mit allerlei Menschen, vom größten Schauspieler mit unabhärem Hochmut bis hinab zu der eckelhaftesten Großstadthebe beiderlei Geschlechts, die als realistische „Typenstatistiker“ oft für das Rolorit des Films nötig ist.

Nur für ein knappes Duzend wirklicher Berühmtheiten ist der Film ein Lebensbrot; für den, der privates Vermögen oder eine feste Theateranstellung hat, ist er nur ein Nebenverdienst, dessen Ertrag sich mitzunehmen lohnt. Für den, der vom Film leben will, bedeutet das Not.

Und um die letzte Wahrheit offen herauszusagen: so gut wie in allen Fällen gibt es nur zwei Wege, die in Berlin eine junge Frau im Film vorzubringen: Bühne oder Erotik. Von den Filmschauspielerinnen, die nicht bekannte Theaterkünstlerinnen sind, sind neun unter zehn die Geliebten der Direktoren. Die zehnte, die sich davon freigehalten hat, muß jahrelang kämpfen und hungern, ehe sie dahin gelangt, eine Rolle zweiten Ranges spielen zu dürfen.

Die „private“ Putschwarnung.

Die bayerische Regierung läßt erklären, daß die Warnung ihres Organs, der „Staatszeitung“, vor gewaltsamen Verhören zum Sturze der Staatsregierung nicht von amtlichen Stellen ausgegangen, sondern eine Privatarbeit der Redaktion sei. Man sieht es offenbar in bayerischen Regierungskreisen als einen blamablen Zustand an, daß in der „Ordnungszelle“ alle vierzehn Tage auf neue vor gewaltsamen Umsturzversuchen gewarnt werden muß. Wenn aber die bayerische Regierung behauptet, daß ihr keinerlei greifbare Anzeichen für eine rechtskonservative Bewegung bekannt seien, so dürfte sich vorher die Verantwortung folgender Fragen empfehlen, die unser Münchener Parteiorgan an sie richtet:

1. Ist es richtig, daß Angehörige des Bundes „Oberland“, „Reich und Bayern“, „Sturmtrupp“ sowie anderer Organisationen im Besitze von Freischarausweisen sind? 2. Ist es richtig, daß Personen, die zu Aktionen nach München gerufen werden, eine Vergütung von 200 M. pro Tag erhalten?

Der „Miesbacher Anzeiger“ ist neuerdings auf die Dauer einer Woche verboten worden.

Gätpreussische Bajuwaren.

Ueber das Wesen und die Politik des extrem gerichteten bayerischen Ordnungsblokes veröffentlicht die „Süddeutsche Demokratische Korrespondenz“ aus der Feder eines Eingeweihten interessante Einzelheiten, aus denen hervorgeht, daß von den sämtlichen leitenden Persönlichkeiten nur ein einziger bayerischer Staatsangehöriger ist. Die Mehrzahl sei echt preussischer Herkunft. Die Bestrebungen dieser preussisch-monarchistischen Agitationszentrale, zu der sich der Ordnungsblok ausgewachsen habe, liefen darauf hinaus, das deutsche Kaiserreich unter preussischer Herrschaft wiederherzustellen. Die hauptsächlichsten Geldquellen seien in Norddeutschland bzw. in norddeutschen Händen zu suchen. Die Hauptmacher seien ehemalige preussische Offiziere.

Waffenlager in Jossen.

Aus Jossen wird uns berichtet: Vertreter des Gewerkschafts-Kartells und der SPD. hatten erfahren, daß sich auf dem Gutshofe des Rittergutes Haus Jossen Waffen befinden sollten. Bei einer Durchsuchung unter Mitwirkung eines Landjägers wurden 4 fast neue Infanteriegewehre, Modell 98, und die dazu gehörige Munition gefunden. Nach den Aussagen der Gewerkschaftsmitglieder unserer Genossen sollen sich noch 10 bis 14 Gewehre dort befinden. Minister Severing ist telegraphisch von dem Fund in Kenntnis gesetzt worden.

Der fertige Bismard. Im „Deutschen Abendblatt“ begeistert sich ein Herr Dr. Seeger für die Bismardsche Reichsverfassung. Aber er muß bedauernd feststellen, daß auch sie eine große Schwäche gehabt habe: Das Parlament hätte Bismard lieber weglassen sollen. — Nachdem Herr Claß, der Vorsitzende des W.-deutschen Verbandes, neulich den Absolutismus als die vollkommenste Staatsform gepriesen hat, wundert uns so etwas nicht mehr. Wir bewundern in Ehrfurcht den staunenswerten historischen Sinn der Bismard-Nachfolger. Denn der Glaube, daß Deutschland als einziges Land der ganzen Welt den Absolutismus aufrechterhalten konnte, beweist eine geradezu geniale Einsicht in die geschichtliche Entwicklung.

Ueber die erste Sitzung des Staatsgerichtshofes meldet W.B.: Der Staatsgerichtshof tritt am 19. d. M. zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Die ersten Verhandlungen finden gegen den Museumsdirektor Franz (Potsdam), den Fleischermeister Robert Preußhoff (Stendal) und den Schriftleiter Paul Koert (Bremen) statt, die angeklagt sind, die Reichsflagge beschimpft zu haben. — Die frühere Meldung einer Korrespondenz, wonach die erste Verhandlung des Staatsgerichtshofes sich gegen Studenten richtete, bedarf danach einer Korrektur.

Die Zukunft der „Times“. Lord Northcliffe hat testamentarisch verfügt, daß John Walter, dem Haupt der Familie Walter, der die „Times“ früher gehörte, freigestellt werden soll, seinen Anteil an der „Times“ anzulassen. Es werde als sicher angesehen, daß John Walter dieses Recht ausübe; er würde dann wieder Besitzer der „Times“ werden.

Märchen der Zeit.

Von ELL-EIL.

Es war einmal ein Mann, der wollte sich einen Mantel kaufen. Er hatte sich tausend Mark zu diesem Zweck aufgespart. Natürlich mußte er ganz genau, daß er für tausend Mark keinen Mantel kaufen konnte. Es sollte ein solider, schöner Mantel sein, und der näherte sich im Preise den Zehntausend. Aber der Mann hatte so die fixe Idee, daß ihm von irgendwoher Geld zukäme. Er liebte es, auf Ueberraschungen zu warten und ließ seine Phantasie frei spielen. Die beruhigte ihn.

Frisch und froh ging er in den Laden. In seiner Tasche die tausend Mark. Er hatte sich ausgedacht, auf den ihm zuzugenden Mantel mit seinen tausend Mark eine Anzahlung zu leisten, in der Erwartung, daß man ihm den Mantel ein paar Tage zurücklegen werde. Inzwischen würde sich das fehlende Geld schon finden. Er kaufte also in heller Begeisterung einen schönen braunen Mantel. Der kostete fünftausendhundert Mark. Nicht im geringsten durch den Preis erschreckt, schwamm der Mann vielmehr in voller Bonne. Kaufen war ihm eine eigene Lust. Schon so lange hatte er sie erbeutet.

Nicht nur mit dem Essen, sondern auch mit dem Kaufen kommt der Appetit. Der Mann sieht eine Hofe. Das letzte Stück ihrer Gattung. Sie kostet vierzehnhundert Mark. Morgen kommt sie neu herein. Dieselbe Hofe. Sie kostet dann zweitausendhundert Mark. Der Mann denkt bei sich, daß ihm eine Hofe mindestens ein Mantel. (Das ist die reine Wahrheit.) Und zu wissen, daß die Hofe, die er in der Hand hält 1400 M. kostet, und daß von morgen ab dieselbe Hofe, ohne sich zu verändern, fast das Doppelte kosten wird, das läßt ihm keine Ruhe. Die Hofe wurde ebenfalls gekauft.

In glücklicher Stimmung verließ der Mann den Laden. Ein wohlige Gefühl durchfließt ihn. Wie schön war es doch, kaufen zu können. Und wie schnell man dazu kam. Jetzt war er auf einmal weit über seine künftigen Träume hinausgegangen.

Einige Stunden erlitten ihm das Leben, die Straße, die Menschen, die Arbeit, die Familie um vieles frischer, lebhafter, selbstfreier. . . Bis mit kleinerer Schwere der Gedanke auf ihn drückte, daß er ja für das fehlende Geld zu sorgen habe, wenn Mantel und Hofe in seinem Besitze übergehen sollten. Die Ueberraschung ließ auf sich warten. Nicht fand er die dollargeplatzte Briefstafel, die klingende Belohnung abwerfen sollte. Es kam auch kein enserner alter Freund als rettender Engel. Alles blieb beim alten. Die heimlichen Phantasien blieben Phantasien.

In dem Herzen des Mannes hielten sich die Freude über das Erworrene und der Kummer über das fehlende Geld vorläufig noch die Waage. Noch hing der Himmel voller Geigen. Wozu hatte man denn Bekannte? Freilich, es würde das erstemal sein, daß er auf Pump ausging. Aber außerordentliche Verhältnisse erfordern

während die Freundin des Direktors die Hauptrolle verkörpert. . . Ein Mädchen, das fremd und ohne Schutz dasteht, hat keine Hoffnung, sich im Wollkäfig des Films zur Geltung zu bringen; sie wird so gut wie rettungslos im Filmproletariat versinken.

(Es wäre Aufgabe der Organisation, den Filmpaschas, die Deutschland mit dem nahen oder fernem Orient verwechseln, das Handwerk zu legen.)

Anwendung lebender Tuberkelbazillen bei der Tuberkulose. Als letzte Hoffnung auf dem Gebiete der speziellen Heilbehandlung der Tuberkulose galt immer noch die Behandlung mit lebenden Tuberkelbazillen vom Mensch oder Kind. Das Alt-Tuberkulin hat sich im Laufe der Jahre eine feste Stellung in der Behandlung der Tuberkulose erworben, und in geeigneten Fällen wird es sicher eine klinische Heilung herbeiführen können; als das Heilmittel wird es aber selbst nicht von dem wärmsten Anhänger bezeichnet werden können. Daher das Bestreben, immer wieder neue Tuberkulinpräparate ausfindig zu machen. Die mehrfach versuchte Anwendung lebender Tuberkelbazillen beim Menschen bietet nun nach einer Untersuchung des Königsberger Professors H. Seiler, die er in der neuen „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ veröffentlicht, nicht die Aussicht, die spezielle Therapie der Tuberkulose weiter auszubauen. Für Seiler ist, wie er darlegt, die Frage entschieden, daß auch lebende Tuberkelbazillen nur durch das in ihnen enthaltene Tuberkulin wirken und daß die lebenden Tuberkelbazillen, die einem tuberkulösen infizierten Körper unter der Haut in nicht zu großen Mengen eingespritzt werden, keine andere Funktion ausüben. Sie werden im Körper langsam abgetötet und abgebaut; bei kleineren Mengen werden sie, abgesehen von der Tuberkulinwirkung, ohne weitere sichtbare Reaktion ausgehoben, bei größeren Mengen wirkt das Protoplasma der Tuberkelbazillen als Fremdkörper reizend und gibt zu Infiltrationen und Abzissen Veranlassung. Sie vermögen nach Seilers Untersuchungen nicht im tuberkulösen Körper die vorhandene Immunität zu steigern. Schädigungen der Patienten, die auf die lebenden Tuberkelbazillen hätten zurückgeführt werden können, wurden nicht beobachtet.

Aphorismen von Roda Roda. Unter dem Titel „Eines Esels Rinnboden“ läßt Roda Roda ein lustiges Bündchen mit Schwänzen und Satiren bei Paul Stegmann in Hannover erscheinen. Eine Anzahl von Aphorismen seien daraus wiedergegeben:

Es gibt zwei schöne Dinge auf der Welt: Erinnern und Vergessen. — Und zwei häßliche: Erinnern und Vergessen.

Große Irrtümer und große Wahrheiten bedürfen nur für die erste Generation eines Beweises.

Die kleinen Diebe hänen man, die großen lassen einander laufen.

Es ist das Schicksal der Wahrheiten, gewaltige Urheber und ungeschickte Verbreiter zu haben.

Wo Rauch aufsteigt, müsse Feuer sein? — Ein frischer Dredtuts auf.

Meißner Porzellan und Glodenspiel. Allen, die schon in der weingefüllten Domstadt Reichen a. d. Elbe gewesen sind, war die Kadridat von besonderem Interesse, daß von der altberühmten Stadtkirche herab vom nächsten Sommer ab ein Glodenspiel ertönen und keine Weisen über die alten krummen Gassen und Treppenwege der Stadt austreten wird. Denn dieses Glodenspiel

Sonntägliche Wanderziele.

An der blauen Havel.

Zum Ausgangspunkt unserer heutigen Havelwanderung wählen wir Spandau, das wir mit den Borortzügen vom Lehrter Hauptbahnhof oder mit der Straßenbahn (Linie N, P, R) erreichen. Der Ort wird bereits 1160 genannt, als eine von Albrecht dem Bären erbaute Grenzburg in der alten wendischen Ansiedlung Spandow. Vom Hauptbahnhof wandern wir durch die Bahnhofstraße, über den Sirefompfah und durch die Brückenstraße zur Charlottenbrücke. Stromaufwärts sehen wir den Zusammenfluß der Spree mit der Havel. Rechts liegt auf der Havelinsel die 1660-84 erbaute Zitadelle mit dem Zuluszturm, das Kernwerk der ehemaligen Festung. Durch die Charlottenstraße kommen wir zur Potsdamer Straße. Zur Rechten sehen wir das Alte Rathaus und die Nikolaiskirche, ein gotischer Bau aus dem 14. Jahrhundert. Nach links führt die Potsdamer Straße zur Alstadt hinaus. Vor dem ehemaligen Potsdamer Tor erhebt sich das Neue Rathaus, das 1910-1913 erbaut wurde. Vom Turm bietet sich eine schöne Aussicht auf die Stadt und ihre malerische Umgebung. Durch die Kloster- und Pichelsdorfer Straße wandern wir nach Pichelsdorf. An der Döberitzer Heerstraße wenden wir uns links und überschreiten auf der Heerstraße die Havel, den nördlichsten Teil der Insel Pichelswerder und den Stäckersee. Jenseits des Sees wenden wir uns nach rechts zur Chauffee hinab, die unmittelbar am Ufer nach Schildhorn führt. Nach rechts blicken wir über den Stäckersee zum Pichelswerder, der mit Wald bestanden ist. Abwärts dehnt sich die weite Wasserfläche der Havel vor uns aus, auf deren jenseitigem Ufer die Siedlungen zwischen Pichelswerder und Kladow sich hinziehen. Links der Chauffee ragen die Höhen des Grunewalds auf. Häufig sind die ziemlich steil ansteigenden Hänge von tiefen Schluchten zerrissen. Regen und Schneeschmelzwasser haben sie ausgewaschen. Die am oberen Ende der Schlucht abgelagerten Sandmassen werden am unteren Ende zu Schluffkegeln aufgeschüttet. Die Arbeit des Wassers ist stets darauf gerichtet, die Unebenheiten der Erdoberfläche auszugleichen, Höhen abzutragen und Vertiefungen auszufüllen. Um zu verhindern, daß die Chauffee durch die Sandmassen unwegsam wird, hat man an vielen Stellen Schuhbauten aus Flechtwerk errichtet. An der von der Sage unspannen Halbinsel Schildhorn vorüber führt unser Weg unmittelbar am Ufer der Havel weiter. Links liegt auf dem Karlsberg der Aussichtsturm, von dem sich ebenfalls ein prächtiger Ueberblick bietet. Kurz vor der Fährstelle zur Insel Bindwerder kommen wir wieder auf die Chauffee. Wir folgen ihr bis zum Großen Fenster, einer Havelbucht. Hier steigen wir zur Höhe empor, die uns einen unvergleichlich schönen Ausblick auf die blauen Fluten der Havel, den Aussichtsturm und Spandau im Hintergrund gewährt. Ein besonderer Genuß ist es, wenn die Abendsonne die Wipfel der Klippen mit rötlichem Schimmer überzieht; dieses „Kiefernrot“ gibt mit den gedämpften Farben der Landschaft ein Gemälde von eigenartiger Schönheit.

Wir bleiben nun in der Nähe des Ufers. An der Halbinsel Schwannewerder vorüber gelangen wir zu den Freibädern am Wannsee. Von hier wandern wir zum Bahnhof Wannsee oder Nikolaissee, um die Heimfahrt nach Berlin (Stadtbahn oder Wannseebahnhof) anzutreten. Weglänge 20 Kilometer.

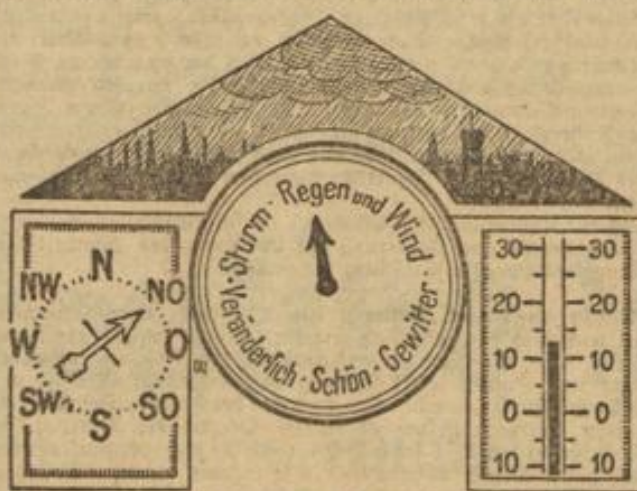
Am Scharmühelsee.

Rein, die Fahrt über die Stadtbahn nach Erkner und weiter nach Fürstentum (es kostet 3. Klasse nur 7 M.) ist keine Erquickung. Auf der Kleinbahnfahrt von Fürstentum nach Saarow-Ort tun sich dann aber schon einige Genüsse kund. Hinter dem Petersdorfer See, den die Kleinbahn am Ufer begleitet, beginnt ein schön bewaldetes und misererfülltes Tal, gelegen zwischen den Rauenschichten Bergen und den Soldatenbergen, das strada auf den Scharmühelsee zuführt. Dieser See gilt heute mit Recht als einer der schönsten Seen Preußens. Bei Saarow-Niesow schmiegt sich eine der großartigsten Landhausbesetzungen in der Umgebung Berlins dem Wald- und Seengebiet an und hinter den Häusern und Villen wächst eine mächtige Kurhausanlage, fast fertiggestellt, der Vollenburg entgegen. Man will hier noch ernstlichem Vorbild ein „Waldes“, ein frohsinniges Wochenende erleben lassen. Breite Terrassen sind dem Kurhaus nach dem Seeufer vorgelegt, Bondungs- und Bootstege führen in den See und schon jetzt entwickelt sich hier trotz der ungünstigen Witterung an

Sonabend und Sonntagen das bewegte Treiben eines richtigen Kurortes. Der kommende Sommer wird die Vollenburg der hochfliegenden Bläue bringen, die man an die Erschließung dieses prächtigen Landschaftsgebietes mit Recht knüpft. Aber auch heute schon winkt der Scharmühelsee verheißungsvoll aus der Tiefe der Wälder. Er ist mit seinen 10 Kilometern, die sich nach Süden wenden, der größte der märkischen Kinnenseen. Wald und Wiese wechseln an seinen Ufern, Höhen grünen von beiden Seiten und das Auge findet reiche Abwechslung bis hinauf zum Süden des Sees zum Bahnhof Scharmühelsee, wo der große Stortower Stadtfest den Wanderer aufnimmt.

Diese ganze Rauener Hochfläche ist eine deutlich ausgebildete Endmoränenlandschaft von besonderer Eigenart. Auf den Rauenschichten, den Soldaten-, Duberow- und Lausebergen lag einmal längere Zeit der Rand des Inlandeises, dessen Schmelzwasser, besonders durch das gewaltige Gletschertor der Scharmühelrinne, nach Süden abfloß. In den genannten Bergen häuften sich die Gerölle und Kiese der Grundmoräne, die die Wasser nicht weiter bewegen konnten, zum Endmoränenwall an; darunter waren auch jene beiden gewaltigen Gneisblöcke der Markgrafensteinen. Der Druck des von Norden nachrückenden Eises war aber

Wie wird das Sonntagswetter?



Zwischen Sonntag und Montag vereinigte sich ein von Nordosten herangekommenes Luftdruckhoch mit einem anderen auf dem europäischen Nordmeere befindliches in den skandinavischen Ländern zu einem außerordentlich mächtigen Hochdruckgebiet, das sich bald auch über die nördliche Hälfte des europäischen Festlandes ausbreitete. In Deutschland außer in Bayern stellte sich daher nach vorangegangenen ziemlich ergiebigen Regenfällen größtenteils trockenes, überwiegend heiteres Wetter ein. Bei mäßigen, östlichen Winden kühlte sich die Luft in den klaren Nächten sehr stark ab. Mittwoch nacht sank das Thermometer zu Lauenburg in Pommern und Lönningen in Oldenburg bis auf 3 Grad C. in Dahme (Mark) bis auf 5 Grad C. und selbst in den Mittagstunden wurden auch bei heiterem Himmel nur noch an wenigen Stellen des westlichen Binnenlandes 20 Grad C. überschritten. Im Laufe des Mittwochs bildete sich zwischen den Alpen und den Karpathen ein flaches Teillied aus und führte in der Nacht zu Donnerstag auch im Elbe- und Odergebiete neue Trübungen und Regenfälle herbei, die sich im Laufe des Tages bedeutend vermehrten und gleichzeitig weiter nach Nordwesten fortpflanzten. Dabei nahm die Abkühlung überall beträchtlich zu. Am Freitag nachmittag lagen die Temperaturen im größten Teile des Binnenlandes unter 15 Grad C. Inzwischen ist das Teillied langsam nordwest weitergezogen. Von Südosten her scheint ihm aber ein neues, obchon ebenfalls schwaches Tiefdruckgebiet nach Mitteleuropa zu folgen. Wir haben daher auch für Sonabend und Sonntag größtenteils trübes, etwas nebeliges Wetter mit wiederholten leichten Regenfällen und schwachen, vorherrschend nordöstlichen Winden zu erwarten, wobei die Temperaturen sich gleichfalls wenig ändern dürften.

hier so stark, daß auch tiefer liegende Schichten in die Höhe, zum Teil bis nach der Oberfläche, gepreßt, mannigfaltig gestaucht und gefaltet wurden, und zwar waren das tertiäre Schichten. Die Rauener Endmoräne ist also eine Stauendmoräne; sie enthält in ihrem tertiären Kern auch Braunkohlenschichten, die noch heute abgebaut werden. Die nach Süden fließenden Schmelzwasser schütteten vor der Endmoräne die herausgewaschenen Sandmassen in sanft geneigten Flächen, den sogenannten Sandern, auf, wie sie auf einer Wanderung von Petersdorf nach Neu- und Alt-Dalm gut zu beobachten sind.

Die Notlage Berlins.

1 Milliarde 322 Millionen neuer Steuern.

Die Stadt Berlin befindet sich heute gleich vielen anderen Kommunen in einer verzweifelten Lage. Die Geldentwertung in Verbindung mit den Mehrausgaben für Beamte, Hilfskräfte und Arbeiter von 2480 Millionen und den Mehrausgaben sozialer Art von 1240 Millionen, zusammen 3720 Millionen, hat zu einem trotz der Anspannung der Werttarife sich ergebenden Mehrbedarf geführt. Nach Eingang der für die Beamtengehälter, die Vergütungen der Hilfskräfte und die Löhne zu erwartenden Zuschüsse und des Mehrbetrages aus der Reichseinkommensteuer von zusammen 1268 Millionen beträgt der Fehlbetrag immer noch 2452 Millionen. Der Magistrat hat zunächst beschlossen, für 1922 statt der bisherigen Höhe an Grundsteuer 25 vom Tausend des gemeinen Wertes der bebauten und 40 vom Tausend des gemeinen Wertes des unbebauten Grundstücks zu erheben und erwartet daraus einen Mehrertrag von 133 157 140. Auch hat er beschlossen, das Auskommen aus der Gewerbesteuer um 50 v. H. dadurch mit 885 Millionen zu erhöhen, daß die Gewerbesteuer für 1922 in Klasse I statt mit 2200 mit 3300 v. H., in Klasse II statt mit 1800 mit 2700 v. H., in Klasse III statt mit 1500 mit 2250 v. H., in Klasse IV statt mit 500 mit 750 v. H. erhoben wird. Einschließlich gewisser Zuschläge zur Betriebssteuer wird ein Mehrertrag von 4 Millionen erwartet. Die Finanzdeputation hat außerdem eine Kopfsteuer nach der Art der in der neuen Gewerbesteuerordnung enthaltenen zur Einführung vorgeschlagen, die als direkte Steuer auf das Halten oder das Beschäftigen von zehn Arbeitnehmern und mehr gelegt werden wird. Wenn auch in der Form verschieden, ist sie doch in ihrer Wirkung und in Ergebnis der am 1. April 1923 zur Erhebung kommenden Gewerbesteuer gleich, welche also gewissermaßen jetzt vorweggenommen wird. Der Ertrag wird vorsichtig bis auf 300 Millionen geschätzt.

Trotz dieses Mehrertrages von 1 322 157 140 verbleibt noch eine ungedeckte Mehrausgabe von rund 1 129 843 000, die nur durch Einschränkung in der städtischen Gesamtwirtschaft und weitere Reichs- und Staatszuschüsse auszugleichen ist. Der Magistrat hat der Stadtoverordnetenversammlung entsprechende Vorlage zugehen lassen und zugleich die Ordnung für die Erhebung einer Steuer für Beschäftigung von Arbeitnehmern mit vorgelegt.

Die Steuerungsaktion des Magistrats.

Die von uns bereits angekündigten Maßnahmen der Stadt zur Unterstützung der bedürftigen Bevölkerung gegenüber der steigenden Teuerung sind der Stadtoverordnetenversammlung als Dringlichkeitsvorlage zugegangen. Die Vorlage wird in der außerordentlichen Sitzung am nächsten Dienstag zur Verhandlung gestellt, dann aber mit den Anträgen der Parteien einem besonderen Ausschuss überwiesen werden. Von den 208 Millionen, die der Magistrat zur Verfügung stellen wird, entfallen 41 Millionen auf die Beschaffung von Brennstoffen, für 26 000 Tausend unterfützte Personen, 45 000 Sozialrentner, 7000 Kleinrentner, 7000 Erwerbslose und andere Bedürftige, 15 000 Ehefrauen, sowie 12 000 Kinder unter 15 Jahren. 43 Millionen sollen der offenen Armenpflege zu besonderen Beihilfen zur Verfügung gestellt werden, 15 Millionen sind zur weiteren Aufrechterhaltung der Armenspeisung und 5 1/2 Millionen zur Fortführung der Volksspeisung an Minderbemittelte erforderlich. Für die allgemeine städtische Volksspeisung, die außer in Alt-Berlin nur noch in Charlottenburg, Lichtenberg und Spandau durchgeführt wird, werden 17 Millionen beantragt. Dem städtischen Zugendamt sollen 86,4 Millionen überwiesen werden, und zwar weitere 8 Millionen zur Milchverbilligung, 5,4 Millionen

4) Sachawachial der Eskimo.

Von Einar Mikkelsen.

Aber er, Sachawachial, der Häuptling, der tonangebende Mann, der jetzt Wade auf der Eisscholle steht, sich scharf gegen die helle Sonne abzeichnend — er liebt sie und behandelt sie, wie keine andere Frau in ganz Kuwuk behandelt wird; er betet sie an und läßt sie tun, was sie will, er befreit sie von all den schweren Lasten der Frauen und läßt andere das machen, was sie hätte machen müssen; nichts ist zu gut für Igluruk, alles, was sie wünscht, wird ihr erfüllt.

Und wie er da oben auf der Scholle steht, ist seine Aufmerksamkeit zwischen Igluruk und dem Auszug nach dem Wal geteilt. Er sieht auf sie und dann über das offene Meer, froh, glücklich, zufrieden, mit ihrem Bilde vor Augen.

Aber was ist das? Es gibt einen Ruck in ihm, sein Auge späht nach Süden, fort von Igluruk — ja wirklich, ein Dampfstrahl erhebt sich überm Meer — das ist der Wal, der bläst!

Im Nu ist Sachawachial verwandelt, sein Auge leuchtet, er reckt sich hoch, da, da bläst der Wal wieder, mit leisem Begehrt dreht Sachawachial sich um — „Frauen, lauft fort, Igluruk, lebe wohl!“ — und darauf eilt er mit lautlosen Schritten hin zu den Umiaks — „wacht auf, der Wal ist da!“

Auf Springen die schlafenden Männer, ganz wach, ganz bereit. Sie stemmen die Schulter gegen die Umiaks, die langsam ins Wasser gleiten, Springen hinein, ergreifen die Paddeln, vorwärts. — Aber hoch im Bug auf dem ersten Umial steht Sachawachial, hält wie ein Standsbild mit erhobener Harpune, bereit, die tödliche Waffe bis zum Schaft in den Rücken des Wals zu treiben.

Schlafig nähert sich der Wal. Er spielt im Wasser, sein Rücken glänzt feuchtschwarz, und ab und zu sendet er einen Wasser- und Dampfstrahl in die Höhe, dann taucht er etwas, kommt wieder nach oben und bläst von neuem — immer näher, ohne Böses zu ahnen.

Der Wal kommt an den Umial, vorbei — ja, jetzt — rudert, paddelt, was ihr nur könnt! Es schimmert weiß vorn Bug und hin übers Meer fliegt der Umial, von acht kräftigen Männern vorwärts getrieben; der Schweiß trief an ihnen hinunter, jeder Nerv ist gespannt, aber vorn im Bug, mit gepreizten Beinen, das eine etwas vor dem andern, steht

Sachawachial, die Harpune hält er mit beiden Händen hoch über seinen Kopf, balanciert sich aus und mißt mit den Augen den Abstand bis zu dem schwarzen Ungeheuer.

Die Ruderer halten den Atem an — kein Laut ist zu hören, außer dem Schäumen des Wassers vorn Bug. Sie holen den Wal ein, der groß und mächtig, stark wie eine Naturkraft, sorglos im Bewußtsein seiner Macht daherschwimmt.

Aber nur noch einige Sekunden, dann ahnt er die Gefahr — es gibt einen Ruck in dem großen Körper, der Schwanz bewegt sich unruhig, der Kopf dreht sich etwas zur Seite — bald wird er den Umial sehen und untertauchen — oder angreifen, wenn sich die Harpune nicht zuvor tief in sein Fleisch gesenkt hat. Aber noch ist es zu früh, die tödliche Waffe zu schleudern, man kann die verwundbare Stelle noch nicht vom Umial aus erreichen — ein paar Sekunden noch Geduld!

Sachawachial steht im Bug des Umiaks ruhig wie zuvor, nur nickt er mit dem Kopfe — nach vorn! Das ist das Zeichen für die Ruderer — schnell — und der Umial schießt dahin, es flodet um den Bug, und schräg von hinten fahren sie auf den Rücken des Wals los.

Jein Faden, fünf Faden, nur noch zwei Faden bis zum Wal — der nickende Kopf hält mit einem Ruck an, und Sachawachial biegt den Körper zurück. Dann wirft er sich vornüber und die Harpune fliegt ans Ziel, von seiner Kraft, ihrem eigenen Gewicht und der rasenden Fahrt des Umiaks getrieben — gerade dem Wal in den Rücken.

Das Schweigen ist gebrochen: „Rückwärts, rückwärts!“ Man befindet sich gerade über dem Ungeheuer; die Paddeln halten an, vom Wasser umquirt, und der Umial setzt seine Fahrt aus, als er sich schon mit seinem Bug ein gut Stück auf dem Rücken des Wals befindet, in einer Brandung, wie an sturmgepeitschter Küste. Der Umial geht achterwärts, fort von der gefährlichen Nachbarschaft, aber nicht bevor Sachawachial noch ein paar Harpunen in den Rücken des verwundeten Wals getrieben hat, der in seinem Schreck mit seinem Schwanz das Wasser zu Schaum peitscht.

„Streich!“ — fort vom Wal! — jetzt sehen sie kein Auge, kein rot, hohes, dann hebt er den Oberkörper — „Achtung, er taucht!“ — langsam sinkt der Kopf hinunter — der Rücken krümmt sich, das Wasser umbraust den Wal — dann erscheint der Schwanz, hoch in der Luft, immer höher, ein Schlag — das ist der Tod.

Aber die Gegner sind kaltblütige, erprobte Männer, acht Paar Augen bewachen die kleinste Bewegung des Wals,

der Umial steuert rückwärts in Sicherheit und dann taucht der Wal unter — in einer Welle von blutigem Schaum versinkt das mächtige Tier mit drei Harpunen im Rücken.

Zwei Männer, die beiden vordersten, werfen ihre Paddel fort und kommen Sachawachial zu Hilfe — denn der Wal zieht mit seiner Zentnerlast an den Seilen, sie werden ganz dünn gespannt, noch dünner, bis zum zerreißen — während sie über den Bug hinausgezerrt werden, daß das Holzwerk raucht — ein Seil mit einer Schwimmblatz am Ende wird über Bord geworfen, noch eins, dann das letzte — der Umial ist vom Wal befreit.

Andere Umiaks eilen herbei, alle, die sich in der Nähe befinden, mindestens zwanzig Boote verfolgen den verwundeten Wal. Sie schleichen dahin, Seite an Seite, von heulenden, schreienden Männern getrieben, aber jedes mit einem ruhigen, kaltblütigen Mann im Bug, der bereit ist, die Harpune ins Ziel zu pflanzen.

Es rukt in den Seilen, der Wal kommt hoch, rückt an die Oberfläche mit mächtigem Klatschen. Er sieht die Umiaks um sich her, der Schreck sieht ihm im Blute, er hebt den Schwanz zum Schlag und peitscht das Wasser zu Schaum — aber die Umiaks triff er nicht. Dann taucht er wieder unter, während noch ein paar Harpunen in seinem Rücken schwanken. Die Seile laufen aus, die Blasen werden über Bord geworfen, die Paddel sinken im Sonnenlicht, das Wasser schäumt um den Umial. „Heron an den Wal!“

Eine Stunde dauert der Kampf. Dann taucht der Wal nicht mehr — er ist zu müde. Er rast im Wasser, das von dem Blut und dem Tran aus dem Körper des Tieres getrübt ist, nach den Umiaks herum. Mit seinem Schwanz peitscht er das Wasser zu Schaum — hoch die Umiaks werden von Männern geführt, die die Gefahr kennen und verachten; sie rudern, sie streichen, rudern wieder, mitten in der Brandung, unmittelbar beim Wal, Blut und Schaumspritzer fliegen in das Boot, auf die Befahrung, die Harpune auf Harpune in den Rücken des Tieres treibt.

Der Wal ist erschöpft, gibt den Kampf auf, aber lebt noch. Langsam schwimmt er umher, das Blut einströmt ihm in die Wunden, die Augen sind von blutigem Wasser geblendet. Sein Rücken öffnet und schleift sich, mit einem zischenden Laut preßt er das Wasser zwischen den Flossen heraus — noch bläst er, aber Blut — und ringsherum ruhen die Eskimos in ihren Umiaks aus, der Wal ist halbtot, nun ist er wehrlos.

(Fortsetzung folgt.)

für Zuschüsse an Vereine mit Kinderhorten und Kindergärten zur Unterstützung ihrer Angehörigen, 18 Millionen für die Kindererziehung in städtischen Bezirken und 55 Millionen zur Erhöhung der Verpflegungsgelder für städtische Pflegekinder in privaten Heimen und Heilanstalten. Da für alle diese Ausgaben Mittel nicht vorhanden sind, sollen die Kosten durch erhöhte Lieberzuschüsse der Werke gemindert werden, und zwar mit 40 Proz. bei den Gewerken und mit 60 Proz. bei den Elektrizitätswerken. Eine bestimmte Tarifserhöhung hat der Magistrat nicht vorgeschlagen.

Die Steigerungskündigung zum 1. Oktober.

Der erste Vorsitzende des Mieteinigungsamts teilt uns mit: Ein großer Teil der Vermieter hat bei den zuständigen Abteilungen des Mieteinigungsamts Anträge auf Zustimmung zur Kündigung gestellt, um entsprechend dem bisher geübten Verfahren eine Erhöhung des Mietzinses vom 1. Oktober ab durch das Mieteinigungsamt festsetzen zu lassen. Nachdem nunmehr das Reichsrentengesetz in Kraft getreten ist, ist jeder Vermieter in der Lage, sofern er dem Mieter gegenüber rechtzeitig die erforderliche Erklärung abgegeben hat, ohne eine besondere Entscheidung des Mieteinigungsamts, vom 1. Oktober ab die gefällige Miete zu verlangen. Da erfahrungsgemäß die meisten Vermieter ihren Mietern gegenüber erklärt haben, daß sie spätestens vom 1. Oktober d. J. ab die gefällige Miete beanspruchen werden, so wird eine Entscheidung des Mieteinigungsamts überflüssig. Das Mieteinigungsamt wird daher auch in den hier in Frage kommenden Fällen, wo Anträge auf Zustimmung zur Kündigung zwecks Steigerung zum 1. Oktober gestellt worden sind, Verhandlungstermine nicht mehr einberufen, und eine Sache nur dann zur Verhandlung stellen, wenn ein Vermieter ausdrücklich die Entscheidung des Mieteinigungsamts beantragt.

Preisprüfungsstelle und Magistrat.

Wir teilten vor einigen Tagen mit, daß die Berliner Preisprüfungsstelle ihren bisherigen Standpunkt aufgegeben habe, wonach bei der Prüfung der Frage nach Wucher von den Herstellungskosten auszugehen sei, und daß sie sich nunmehr dem Wunsche weiter Handelsteile angeschlossen hätte, den Verkauf zu den Wiederbeschaffungskosten nicht als Wucher anzusehen. Der Hauptauschuss bei der Preisprüfungsstelle Berlin hat zwar mit zwei Stimmen Mehrheit diesen Beschluß gefaßt. Aber der Magistratsvertreter hat diesen Beschluß sofort beanstandet, weil er mit den Anweisungen des preussischen Innenministeriums und des Reichsjustizministeriums ebenso wie mit der Rechtsprechung des Reichsgerichts in Widerspruch steht. Tatsächlich wird daher bei der Preisprüfung, die in den nächsten Tagen in bestimmter Umlage vorgenommen werden wird, von den Herstellungskosten ausgegangen werden, zu denen Lohn- und sonstige Kosten hinzuzurechnen werden dürfen. Als Ausgleich für das Sinken des Marktwertes darf nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts höchstens ein Zuschlag in Rechnung gebracht werden, der dem Steigen der Indizes entspricht. Darüber hinausgehende Zuschläge nach dem Devisenkurs werden nach wie vor als Wucher angesehen und bestraft werden.

Alles verspielt.

Die Verhaftung des Kunsthandlers und Malers Gerstel.

Der Kunstmalers Gerstel, der früher in der Hardenbergstr. 12 gewohnt hatte, aber bereits seit Juli d. J. verschwunden und nirgends aufzufinden war, ist gestern von Beamten der Kriminalpolizei in einem Puffehaus des Westens verhaftet worden. Gerstel genoss als Fälscher einen guten Ruf und hatte von verschiedenen Kollegen und anderen Leuten, die wertvolle Bilder besaßen, diese zum Verkauf an seine Kunsthandlung erstanden. In der letzten Zeit aber erhielten diese weder die Bilder zurück, noch den verlangten Kaufpreis. Gerstel hatte sie zurück damit zu trösten, daß der Käufer selbst noch nicht bezahlt habe. Endlich aber verschwand er ganz aus seiner Wohnung. Wie sich jetzt herausstellte, hatte er einige der Bilder verkauft und das Geld für sich behalten, andere, um sich weitere Geldmittel zu verschaffen, beiseite stellen. Dieses Geld hat Gerstel, wie er bei seinem gestrigen Verhör angab, alles verspielt. Er war ein leidenschaftlicher Spieler und hat oft große Summen verloren, so in einer Nacht allein 400 000 M. Die Verluste beging er dann nur, um durch neue Bettelungen am Spiel die Verluste wieder weitzumachen. Das gelang ihm jedoch nicht, und nun verlor er Berlin und lebte noch seiner Wohnung nicht wieder zurück. Gestern war er aber wieder hierher zurückgekehrt und hatte ein Paket im Westen Berlins aufgeschickt, wo er bald darauf von der Kriminalpolizei festgenommen wurde. Die in seinem Geschäft in der Hardenbergstr. befindlichen und auch die sonst noch herbeigekommenen Bilder werden zur Restitutionsicherung durch die Eigentümer in seinem Geschäft in der Hardenbergstr. ausgestellt. Von diesen hat die Polizei bereits ermittelt, andere stammen wahrscheinlich auch aus der Provinz von Leuten, die noch gar nicht wissen, daß Gerstel sie verkauft hat. Diese werden zur vollständigen Klärung des Falles bei Kriminalkommissar Lehmann, Polizeiamt Wilmersdorf, zu melden.

Ein „dankebarer“ Klient.

In einer nicht alltäglichen Weise stiftete ein Klient seinem Verteidiger für einen erzielten Freispruch seinen Dank ab. Der Serbe Milorad S. Palović war als Chef des Rechnungsbureaus der Internationalen Reparationskommission in Wiesbaden in den Verdacht geraten, Anweisungen der Kommission auf die Bank für Handel und Industrie gefälscht zu haben. Sein Verteidiger Rechtsanwalt Thoma hatte damals nachweisen können, daß nichts Wahres an dieser Geschichte war, sondern daß die Verdächtigungen auf einer Intrigue beruhten. Er hatte sich nämlich dadurch bei der Kommission unbeliebt gemacht, daß er dem Minister Rathenau und dem Kommerzienrat Guggenheimer Mitteilung davon gemacht hatte, daß die von der serbischen Regierung gemachten Erfassungsberichte für Verleumdungen unrichtig seien. Nach seiner Haftentlassung war dann L. zu dem Kriminalbeamten gezogen, der ihn seinerzeit verhaftet hatte, und betrieb nun in Wiesbaden allerhand Schwindeleien. Nicht nur den Beamten, sondern einen ihm aus der Untersuchungsbekanntem Gefängnisinspektor, sowie zahlreiche andere Beamte borgte er an und versprach die Rückzahlung der Darlehen in ausländischer Währung. Nachdem er noch dem Sohne eines rheinischen Großindustriellen, dessen Bekanntschaft er gemacht hatte und bei dem er zuletzt wohnte, noch Kleider und andere Sachen gestohlen hatte, flüchtete er nach Berlin, um hier seine Schwindeleien fortzusetzen. Von seinem Verteidiger, der sich gerade in der Sommerfrische befand, streute er die Nachricht aus, daß dieser in seinem Kufzoge nach Paris gefahren sei, um dort vom Finanzministerium für ihn 50 000 Frank in Empfang zu nehmen. Leidlichwichtige Menschen bargten ihm auch hier auf dieses Märchen hin Geld, und als Rechtsanwalt Thoma von seinem Urlaub zurückkehrte, konnte er sich kaum retten vor den vielen Anfragen nach den 50 000 Frank. Thoma hat daraufhin seinen sauberen Klienten verhaften lassen und Strafantrag gegen ihn gestellt.

Der Angriff auf den Bankgegnere.

Unter der schweren Anklage der Anstiftung zum Raub mord hatte sich der holländische Erwin Deste vor der 3. Ferienkammer des Landgerichts I zu verantworten. Dem Angeklagten war es bekannt geworden, daß der Kaufmann Gronemann sein ganzes Geld in der Wohnung aufbewahrt, da er ein Gegner der Banken war. Um sich in den Besitz des Geldes zu setzen, schickte Deste den Kaufmann Erich Beer dazu an, unter einem Vorwand den G. aufzusuchen und ihn bei dieser Gelegenheit

das Geld zu rauben. Beer ging auf den Plan ein, machte sich einen Briefumschlag, in den er Zeitungspapier steckte, zurecht und suchte mit „seiner Zeugnissen“ Gronemann auf, um sich um eine Stellung zu bewerben. Als ihm in G.'s Wohnung die Hausangestellte öffnete, stürzte er sofort auf sie zu und versuchte sie mit einem in Chloroform getränkten Tappan, den er sich ebenfalls mitgenommen hatte, zu betäuben. Das Mädchen konnte ihn aber abschütteln und rief um Hilfe, so daß er die Flucht ergriff, auf der er verhaftet wurde. Während B. wegen dieser Straftat vom Schwurgericht schon zu 2 Jahren und 1 Monat Zuchthaus verurteilt worden ist, wartete Deste noch auf seine Bestrafung, die in der gestrigen Verhandlung, in der er geständig war, mit 1 Jahr und 2 Monaten Gefängnis erfolgte.

Schließung der Berliner Kinos?

Der Verein der Berliner Lichtbildtheaterbesitzer, der bereits vor acht Tagen die Schließung sämtlicher Berliner Kinos im Prinzip beschlossen hatte, hat in seiner gestrigen Generalversammlung als Termin für die allgemeine Betriebs-einstellung den 22. September festgelegt. Zugleich wurde ein Hauptauschuss des Berliner Lichtbildgewerbes gewählt, in dem fünf Mitglieder des Berliner Vereins und des Schutzverbandes Deutscher Filmtheater sitzen. Der Beschluß, die Theater am 22. September zu schließen, wurde einstimmig und ohne Stimmenthaltung gefaßt. 90 Proz. der Groß-Berliner Theaterbesitzer haben bereits die vom Verein als Gewähr für die Durchführung sämtlicher Beschlüsse geforderte Sicherheit geleistet. Es handelt sich um die Durchführung der Lustbarkeitssteuer, die zurzeit mit 50 Proz. des Eintrittspreises erhoben wird, die Theaterbesitzer erklären diesen Satz für viel zu hoch und fürchten für die Rentabilität ihres Betriebes.

Sechs Mark Taschengeld pro Tag.

Aus Kriegsbeschädigtenkreisen geht und folgender Koßkreis zu: „Die größte Menge des deutschen Volkes hat es sicher nach vier Jahren des Krieges vergessen, daß immer noch Kriegsbeschädigte sich in den Heilanstalten und Lazaretten befinden. Es handelt sich meistens um derartig Schwerverrannte, die schon fünf bis sechs Jahre in Heilbehandlung und vollkommen erwerbsunfähig sind. Diese Kranken erhalten nun täglich ein Taschengeld von sechs Mark. Bei der ungeheuren Geldentwertung ist es vollkommen unmöglich, dafür nur die allernotwendigsten Gebrauchsgüter (Seife, Viehpapier, Porto, Zahnpaste, Rasieren, Haarschneiden) zu kaufen. Außerdem erfordert das Anschaffen der eigenen Kleidung und Wäsche sehr viel Geld. Etwas Beliebiges, wie Zigarren, Zigaretten und Tabak, kann man sich gar nicht kaufen.“

Es ist selbstverständliche Pflicht der Versorgungsinstanzen, dieser nur allzu berechtigten Forderung auf Erhöhung des kümmerlichen Taschengeldes schnellste Erfüllung zu gewähren.

Kozja im Kaffee „Dolce“. Ein Transport vom Scheunenviertel nach dem Alexanderplatz erregte einiges Aufsehen. Ungefähr 400 Personen, jugendliche Burchen und Mädchen, Männer und Frauen, alles Besucher des Kaffees „Dolce“ in der Schönhauser Straße, wurden von Beamten der Saugpolizei flankiert nach dem Polizeipräsidium abgeführt. Beamte der Stettenpolizei und der Inspektion B. I. haben sich veranlaßt, dem „Kaffee“ wieder einmal einen Besuch abzustatten. Die Räume waren am besten Freitag bis auf den letzten Platz gefüllt. Sehr stark vertreten waren kaum der Schule entwachsene Mädchen. Auf dem Transport kam es zu Zwischenfällen. Sittierte wurden von anderen Leuten erkannt und diese suchten sie zu befreien, doch wurden sie von den begleitenden Beamten daran gehindert. Einige, die sich allzu kühnlich benahmen, wurden dem Jense eingereicht. Auf dem Polizeipräsidium wurde sodann mit einem eingehenden Verhör begonnen, bei dem viele gefasste Personen erkannt und verhaftet wurden.

Sicohenbahn - Zusammenstoß. Mit einem Wagen der Linie 46 stieß ein Lastkraftwagen in der Berliner Straße mit einer solchen Festigkeit zusammen, daß von dem Straßenbahnwagen die vordere Plattform abgerissen wurde.

Freigabe von Kohlenartenabschläffen. Das Kohlenamt der Stadt Berlin gibt bekannt, daß vom 15. September ab die Kohlenartenabschläffe 16b der 20- bis 55-Zentner-Rate, 16b und c der 60-Zentner-Rate, 16b bis d der 65- und 70-Zentner-Rate zur Entnahme und Abgabe von Kohlen freigegeben werden, und zwar mit der Maßgabe, daß diese Abschläffe mit der doppelten Menge der ursprünglich nach der Kohlenarte darauf entfallenden Kohlen zu beliefern sind. Verstöße gegen diese Anordnungen werden bestraft.

Eine Wohlfühltagungsveranstaltung zugunsten des Oberschlesischen Hilfsbundes findet am Sonntag, den 10. September d. J., vormittags 11 Uhr, in der Staatsober, Unter den Linden, statt. Es werden sowohl der Herr Reichspräsident wie auch der Preussische Ministerpräsident das Wort ergreifen.

11. Verbandstag der Transportarbeiter.

6. Verhandlungstag.

Nach Eröffnung der Verhandlungen wird die Diskussion über das Referat von Schumann: „Der organisatorische Neuaufbau des Verbandes“ fortgesetzt. Den weitesten Raum nahmen die Ausführungen des Vertreters des DGB, Bernhard ein, der vorweg erklärte, daß er klar und deutlich sprechen wolle. Es müsse berücksichtigt werden, wie sehr

die Erziehung des alten Regimes

sich heute noch bei den Eisenbahnern auswirke. Der Vorwurf, der DGB, habe die Abmachungen mit dem Transportarbeiterverband über die Arbeitsgemeinschaft sabotiert, treffe nicht zu. Ein günstiger Zeitpunkt für den Zusammenschluß sei verstimmt worden. Heute sei der Boden dazu nicht mehr vorhanden. Wir sind keine Gegner des Zusammenschlusses, doch muß dieser logisch und zweckmäßig sein. Im Handumdrehen läßt sich die Frage nicht erledigen. Besser würde es gewesen sein, vor dem jetzigen Verbandstag an den DGB, heranzutreten, wie das vom Vorstand des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes geschehen ist. Wir haben noch im eigenen Hause mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, die durch Schulung zu überwinden sind. Auf dem Verbandstage in München wird der DGB, zu der Frage des Zusammenschlusses Stellung nehmen. Wenn wir kollegial und freundschaftlich zusammenarbeiten, wird auch der Tag kommen, wo wir über die Arbeitsgemeinschaft hinaus den weiteren Schritt vorwärts machen werden. (Beifall.)

Von allen sonstigen Diskussionsrednern wurde der Gedanke des Zusammenschlusses aller Berufsorganisationen als

Deutscher Verkehrsband

voll gebilligt. Im Schlusswort erklärte Schumann, daß gerade die von Bernhard vorgebrachten Bedenken für die Notwendigkeit der Einheitsorganisation sprechen. Der Zusammenschluß mit dem DGB, würde voraussichtlich auch den der AG, zur Folge haben und ferner wohl noch den mit dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband. Demüt würde eine Organisation geschaffen werden, die etwa 2 Millionen Berufscollegen umfasse und einen Wachstumsfaktor repräsentieren würde, der die ganze Wirtschafts- und Verkehrspolitik beeinflussen könnte. (Lebhafte Beifall.)

Es folgt die Erledigung der Anträge. Zum 4. Punkt liegen 21 Anträge vor. Ein Antrag (Dresden) will den Verbandsvorstand beauftragen, auf die sozialistischen Parteien dahin einzuwirken, daß ihre Mitglieder, soweit sie Beamte sind, sich den freien Gewerkschaften anzuschließen haben. Den gleichen Zweck verfolgt ein Antrag Leipzig, der außerdem noch eine nachdrückliche Agitation für den Verkehrsband unter den Postbeamten verlangt.

Nach einem anderen Antrag (München) soll alles versucht werden, um den Deutschen Verkehrsband noch in diesem Jahre zu schaffen. Ferner soll der Vorstand auch die Frage erwägen, ob und inwieweit mit den übrigen Verbänden der Staatsbeamten und Arbeiter eine Arbeitsgemeinschaft bzw. Verschmelzung erzielt werden kann. Diese drei Anträge werden angenommen, die anderen teils als erledigt betrachtet oder dem Vorstand überlassen. Einhellige Zustimmung fand folgende

Entschlüsse:

Der 11. Verbandstag des Deutschen Transportarbeiterverbandes hält die einheitliche organisatorische Zusammenfassung aller Gehalts- und Lohnempfänger für die zweckmäßigste Form der gewerkschaftlichen Organisation. Er erbt in dem zur Einheitsorganisation auszubauenden „Deutschen Verkehrsband“ die geeignete Interessenvertretung für Beamte, Angestellte und Arbeiter des Handels, Transport- und Verkehrsgewerbes sowie der öffentlichen Betriebe. Der Verbandstag billigt deshalb ausdrücklich den Beschluß der Konferenz der Gau- und Ortsverbände vom 8. September 1920 und den Beschluß der Beamtenkonferenz vom 9. August 1922. Er beauftragt den Vorstand, sofort mit dem Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes in Verbindung zu treten, um festzustellen, ob er bereit ist, in Verhandlungen über Verschmelzung beider Verbände einzutreten bzw. alle Vorbereitungen hierfür so zu treffen, daß der Deutsche Verkehrsband als Einheitsorganisation am 1. Januar 1923 ins Leben gerufen werden kann. Im Falle der Zustimmung der leitenden Körperschaften des Deutschen Eisenbahnerverbandes sind die gemeinsamen Beratungen über die Lösungen der Einheitsorganisation sofort aufzunehmen und so zu beschleunigen, daß möglichst bald eine gemeinsame Tagung von Vertretern beider Verbände zwecks Festlegung der Zusammenschlußbedingungen stattfinden kann. Sollte der Vorstand oder der Verbandstag des Deutschen Eisenbahnerverbandes es ablehnen, gemeinsam mit dem Deutschen Transportarbeiterverband die Einheitsorganisation zu schaffen, dann wird der Vorstand ermächtigt, die vom Verbandstag beschlossenen Satzungsänderungen mit dem 1. Januar 1923 in Kraft zu setzen. Der Verbandstag beauftragt den Vorstand, auch mit dem Vorstand des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Zusammen-schlußverhandlungen einzutreten.

Die zum 6. Punkt der Tagesordnung vorliegenden Anträge beziehen sich auf das Statut für den „Deutschen Verkehrsband“. Angenommen wurden die Anträge, nach denen der Name Deutscher Verkehrsband festgelegt wird. Der Sitz soll Berlin sein. Der Bund soll sich über das Deutsche Reich, den Freistaat Danzig und die abgetretenen Gebiete erstrecken und das gesamte Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe zu Lande, zu Wasser und in der Luft umfassen. Ihm soll die Aufgabe zustehen, die wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Interessen seiner Mitglieder zu wahren und zu fördern. Auch der Antrag des Vorstandes, der den Zweck des Bundes feststellt, erhält die Zustimmung des Verbandstages.

Ferner wurden die Anträge des Vorstandes auf eine Aenderung der Beitragsätze und einer entsprechenden Erhöhung der Unterstützung der Erwerbslosenunterstützung, der Unterstützung bei Streiks, Todesfällen und Maßregelungen angenommen. Dagegen wurden alle vorliegenden Anträge auf eine Herabsetzung der Karenzzeit abgelehnt.

Beschlossen wurde weiter, die Beiträge zum Baufonds in der 1. und 2. Klasse auf 3, in der 3. und 4. auf 6 und in der 5. und 6. auf 10 M. festzusetzen.

Für die ehrenamtlichen und besoldeten Funktionäre wurde nach der Vorlage des Vorstandes eine Unterstützung beschlossen. Der Gaubeitrag wurde für die Orte mit Verwaltungsstellen auf 5 M., für die ohne Verwaltungsstellen auf 2,50 M. festgesetzt.

Die Gehaltsätze für die in 4 Gruppen gegliederten Angestellten wurden nach einem Vorschlag der Statutenberatsungskommission angenommen.

Verfaßtes.

Vom Vorstand lag noch eine Entschlüsse vor, die im wesentlichen wie folgt lautet:

Der 11. Verbandstag des Deutschen Transportarbeiterverbandes erklärt, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Lage Deutschlands für die Dauer unakzeptabel ist und zum baldigen Zusammenbruch führt. Die Ursachen und Gründe dazu erhebt der Verbandstag in den Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles.

Die faktische Unmöglichkeit Deutschlands, die Bedingungen des Friedensvertrages zu erfüllen, senkt den Wert seiner Währung bis fast auf den Nullpunkt und senkt damit im gleichen Maße die Löhne der Arbeiterschaft.

Der 11. Verbandstag des Deutschen Transportarbeiterverbandes fordert die Arbeiter jedes Landes auf, innerhalb ihrer Landesgrenzen den schärfsten Kampf für den wirtschaftlichen Frieden zu führen.

Der Verbandstag verlangt auf Grund des vom Kongreß des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam im März 1921 aufgestellten Programms die Revision der Reparationsbestimmungen. Von der deutschen Reichsregierung fordert er, daß sie durch Befehl oder Verordnung alle Wuchergehalte unterbindet und die kapitalistischen Konzerne und Syndikate bei ihrer Preisfestsetzung scharf überwacht.

Von der deutschen und der internationalen Arbeiterschaft erwartet der Verbandstag den festen und unlöslichen Zusammenschluß zum Zwecke der Schaffung einer starken und unüberwindlichen Proletariatsmacht, die allen Gegenständen des Kapitalismus nicht nur erfolgreich zu trotzen vermag, sondern auch im Laufe der Zeit die heutige egoistische Wirtschaftsform in eine sozialistische zu entwickeln imstande ist.

Diese Entschlüsse wurden von Thälmann-Hamburg (Kommunist) mit scharfen Worten bekämpft. Er sah wies die Angriffe dieses Redners überzeugend ab und führte sie auf ihren wirklichen Wert zurück.

Die Entschlüsse wurden mit allen gegen etwa

13 Stimmen angenommen. Hierauf ging man zur Wahl des geschäftsführenden Vorstandes über. Es waren 10 besoldete und 13 unbesoldete Mitglieder zu wählen. Zu besoldeten Mitgliedern wurden gegen etwa 7 Stimmen gewählt: Schumann, Döring, Werner, Dreher, Rarnberg, Bender, Brunner, Himpel, Pause und Wagener. Zu unbesoldeten ebenfalls gegen wenige Stimmen: Budow, Schmah, Berner, Ulrich, Stahr, Luze, Hante, Müller, Wieland, Kube, Haelew, Waad und Fr. Philipp.

Anschließend wurden die Wahlen für Verbandsauschuss und Unterstützungskommission vollzogen.

Als Ort für den nächsten Verbandstag, der nach zwei Jahren stattfinden soll, wurde Jena bestimmt.

Nachträglich wurde noch ein Antrag Berlin für den 6. Uhr-Laden-schluß angenommen.

Beieal-Wien sprach den deutschen Kollegen wärmsten Dank für die Gastfreundschaft aus. Berthmann-München sprach insbesondere den Berliner Kollegen Dank und Anerkennung aus. Nach einer referierenden Schlussrede Dörings wurde der Verbandstag geschlossen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Freiwillige Gemeinde. Sonntag vorm. 11 Uhr im Rathaus. Anführer: Vorstand Dr. S. Dörr: „Die internationale Hilfsaktion“. — Vorkonferenz 15. Vortrag des Herrn G. Himmelf: „Nicht-Wortens „Lohnarbeit“ (mit musikalischen Erläuterungen)“. — Gabe willkommen!

Schwimmverein Kogelsee (V.-V. u. Sp.-B.). Heute, Sonntag, 7½ Uhr Mittagsfeier im Saal bei Frau Friedländer. 7½ Vortrag des Schwimmsportlehrers Herrmann über: „Berlinschwimmer“. — Donnerstag, 14. September, abends 6 Uhr: Abballen in der Wobanstraße 66.

Geschäftliche Mitteilungen.

Die Schachzeitung „Conrad Tsch. u. Cie. L.-G.“, Pura 5, Wobanstr. 17, auch in der letzten Zeit nicht davon abgesehen, die Verkaufspreise für die Schachblätter (einen jeden) einzupreisen. Der eingepreiste Preis kann niemals erhöht werden. Der Käufer kann diesen Preis sofort nachprüfen. (Erlaubt die Schachzeitung.)

Die Orgien der Fremdenpolizei.

Der „Vorwärts“ hat wiederholt auf die schweren Vergehen hingewiesen, die sich untergeordnete Polizeibehörden immer wieder in mehrfacher Richtung erlauben: gegen die Interessen des Deutschen Reiches, nämlich gegen die bitter nötige Eroberung von Sympathien in den Nachbarländern, gegen die deutsche Nation, deren zahlenmäßige Stärke ohnehin durch gewisse neue Wachstumsfaktoren planmäßig verringert wird, gegen die Menschlichkeit, die in zahlreichen Fällen auf das Größte verletzt wird und gegen die Anordnungen der verantwortlichen Minister, die einfach unbeachtet bleiben. Indem wir im folgenden wieder einmal — man müßte es viel öfter hinausprechen, aber in dieser Zeit des schlimmsten Papierwuchers fehlt uns der Raum dazu — einige Kapitel dieser deutschen Schande in gedrängtester Kürze skizzieren, sind wir uns der Lückenhaftigkeit wohl bewußt, aber die Zeitungsnot erzwingt Beschränkung.

I. Da haben wir zunächst die aus Preußen übernommene und nun auch auf die ausländischen Industriearbeiter ausgeübte Arbeiterlegitimationskarte. Deutschstämmige sollen davon befreit sein. Aber nach preussischer Polizeivölkerkunde sind z. B. Deutschösterreicher und Deutschböhmern schon nicht deutschstämmig — dagegen jeder ehemals preussische Neupole, mag er auch kaum deutsch verstehen. Zur Erkundung der Deutschstämmigkeit gibt das Reichswanderungsamt Fragebogen aus, die u. a. nach der Religion und Kinderzahl fragen, nach den Geburtsorten der Eltern und Großeltern usw. Also die Deutschstämmigkeit, die jene meinen, wird höchst selten nachzuweisen sein. Nun soll die Arbeiterlegitimationskarte, so steht darauf zu lesen, als Paßersatz dienen, und insofern mag dieses Ausnahme-recht für Arbeiter zu ihren Gunsten gedacht sein; dafür kostet sie auch 200 M. (ein deutscher Paß ist viel billiger, ein Personalausweis noch mehr). Aber diesen Paßersatz erhält nur, wer sich mit einem gültigen Paß ausweist. Dieser famose Karte wird wegen ihrer Rubriken von unseren deutschen Arbeitsbrüdern aus Deutschösterreich, der Tschechoslowakei, Südbanien, Neutalilien usw. als Steckbrief bezeichnet. Die zuständige leitende Amtsstelle hat wiederholt Abhilfe versprochen — aber alles geht weiter wie bisher. Vielleicht überlegt man sich einmal die Wirkung auf die Betroffenen, die ja allerdings nicht mit dem Stimmzettel quittieren können.

II. Ausweisungen von ungescholtenen und unerdächtigen Ausländern kommen immer noch massenhaft vor; gerade auch von solchen, die vor 10, 15, 20 Jahren aus Österreich eingewandert sind. Schema: Man fragt sie nach ihrer Einreisebewilligung. Antworten sind, daß es damals so etwas noch nicht gab (bis zum Weltkrieg verlangten nur Rußland und manche Balkanstaaten einen Paß!), so wird ihnen mitunter gesagt, sie sollten der Behörde nichts vormachen, Einreise- und Aufenthaltserlaubnis habe man immer haben müssen und fertig. Ausgewiesen, Existenz vernichtet, Geschäftstück erledigt, Fleisch und Strebsamkeit erwiehen.

III. Die polizeiliche Ausländerankündigung auch bei vorübergehendem Aufenthalt in Deutschland und bei Besitz eines deutschen Dauersichtvermerks zum mehrmaligen Grenzübertritt ist vorgeschrieben und wer den Polizeistempel nicht im Paß hat, auch wenn er sich durch Meldebüro im Quartier gemeldet hat, riskiert, wie ein uns bekannter Fall zeigt, an der Grenze eine deutsche Polizeistrafe in tschechischen Kronen entrichten zu müssen, was offenbar die neue deutsche Grenzpolizeiwährung ist. Seht aber solch ein Ausländer auf die Polizei, so wird von ihm ein Lichtbild verlangt, obwohl das in der Verordnung vom Mai 1919 nur bei Anmeldung zum dauernden Aufenthalt zu geschehen hat.

IV. Für Einbürgerungen fordert das neue soziale Preußen jetzt 3000 M. ohne Unterschied, ob es ein armer Teufel oder ein Millionär ist. Hatte einer 1919 die Einbürgerung beantragt, so mußte er sich verpflichten, im Genehmigungsfall 150 M. zu zahlen; es gibt genug solche, die noch auf die Erledigung warten und die nun 3000 M. zahlen müssen.

Das wäre einiges, aber wer wollte alle Bosheitsmöglichkeiten gewisser Gehirne ermessen, denen mit dem Amt

wird anders sein, als es sich die altstämmigen Glodengießer, die das Glodenspiel erfunden haben, je hätten träumen lassen. Nicht aus Kupfer und Zinn werden die singenden und klingenden Reizner Kunstgläser bestehen, sondern aus Porzellan.

Reizner Porzellan natürlich! Wie könnte das auch anders sein. Dem Porzellanergeld folgen die Porzellanböden. Man sieht, welche Verwendungsmöglichkeiten für Bötzers Erfindung bestehen und wartet, was noch alles folgen wird. Jedenfalls wird Reizner um eine neue Anziehungskraft reicher sein, wenn das Glodenspiel zum ersten Male erlöschend wird.

Die größten Maschinenfälle auf dem Kontinent. Der Ausbau des Waldenswerkes ist nun soweit fortgeschritten, daß demnächst im Maschinenhaus am Nordfuß des Herzogstandes (am Südbüden des Kogelstees) die Ausrüstungen zur Aufstellung gelangen. Es handelt sich dabei um die größten Maschinenfälle, die gegenwärtig in Europa existieren: 4 Maschinenfälle von je 24 000 PS, und 4 Maschinenfälle zu je 18 000 PS. Der Antransport zum Maschinenhaus ist infolge der ungewöhnlichen Ausmaße und Gewichte der einzelnen Maschinenteile, die bis zu 90 Tonnen wiegen, nur auf dem Wasserwege möglich. Auf für derartige Schwertransporte besonders gebauten Eisenbahnwagen werden die Ladungen nach Rodel gebracht; vom Bahnhof Rodel ist ein besonderes Gleise zum Seeufer angelegt, wo ein besonderer Hafen für diese Transporte geschaffen wurde. Ein eigens konstruiertes Röherschiff, das von einem Motorboot geschleppt wird, bringt die Transporte über den See. Mit elektrischer Windvorrichtung werden hier die Eisenbahnwagen mit ihrer Maschinenlast auf besonderer Gleisanlage, die eine schiefe Ebene darstellt, in das Maschinenhaus emporgezogen.

Ausgestorbene Insekten im Gletscher. Im Vellostone-Nationalpark (Vereinigte Staaten von Nordamerika) fand kürzlich eine von der Regierung entsandte wissenschaftliche Expedition im Gletscher eingeschlossen die Kadaver von Millionen prähistorischer Insekten, die einer seit Jahrtausenden ausgestorbenen Art angehören. Der in Frage kommende Gletscher wurde im Jahre 1889 entdeckt. Seither ist er unter dem Namen „Heuschrecken-Gletscher“ bekannt wegen der ungezählten Insekten, die man in dem Eis der den Fuß des Gletschers bildenden etwa 60 Meter hohen Eiswand sah und in denen man Heuschrecken vermuten zu dürfen glaubte. In diesem Sommer sind Fischereier von Washington nach dem Vellostone-Park gekommen, um den Gletscher einer eingehenden Untersuchung zu unterziehen. Nach dem jetzt erstatteten Bericht der Expedition handelt es sich bei den im Eis eingeschlossenen Insekten nicht um Heuschrecken, sondern um eine unbekannte Insektenart. Die Tiere sind indolent erhalten, so daß man jede Einzelheit ihres anatomischenbaus genau studieren kann. Mit Ausnahme der am Eisfuß in Nordamerika aufgefundenen Holzbohrer liegt hier der einzige Fall der Auffindung prähistorischer Geschöpfe in vollständiger Erhaltung vor.

Das Orchester des Deutschen Opernhauses verankert in der Spielzeit 1922/23 sechs Sinfoniekonzerte unter Leitung von Rud. Strauß an Sonntagen vorm. 11 Uhr. Preise der Plätze: Abonnement 125 bis 100 M., Einzelkarten 25 bis 100 M. Vorverkauf der Abonnements an der Konzertsalle.

Das Orchester in der Kommandantenstraße läßt ein Abonnement zu ermäßigten Preisen ein.

zwar nicht der Verstand, aber die Macht gegeben ist, Reich, Volk und Einzelmenschen willkürlich zu schädigen! Leitenden Behörden, die diese Zustände abstellen wollen, wird der Österreichisch-Deutsche Volksbund, der unter dem Vorsitz des Reichstagspräsidenten Genossen Löbe steht, mit reichem, täglich wachsendem Material gern dienen.

Erhöhung der Legitimationsgebühren für ausländische Arbeiter.

Die fortschreitende Geldentwertung hat den preussischen Minister des Innern veranlaßt, die ordentliche Legitimationsgebühr für ausländische Arbeiter von 40 M. auf 120 M., die erhöhte Gebühr von 100 M. auf 300 M., die Uebertrittsgebühr von 10 M. auf 100 M., die Gebühr für Ersatzkarten von 5 M. auf 20 M. und für das Umschreiben von Karten ebenfalls von 5 M. auf 20 M. zu erhöhen.

Die Genfer Debatten.

Genf, 8. September. (W.Z.) In der heutigen Sitzung der Völkerbundesversammlung sagte Lord Balfour nach Besprechung der Washingtoner Konferenz:

Bei der Kollage Österreichs habe kein anderer wie Rotta den rechten Ausdruck für

die „Angst des Helfenden“

getroffen, der fast in größerer Sorge ist, als der, dem geholfen werden soll. Zur Kritik Cecilis und Mansens an der Tätigkeit des Völkerbundes sagte Balfour: Wenn man von der Regierung im Saargebiet gesprochen habe, so wolle man nicht verkennen, daß dort der Rat eine große Verantwortung habe und daß seine Aufgabe nicht leicht ist. Die größten Schwierigkeiten aber würden von einer Propaganda geschaffen, die sehr hitzig vorgehe. Jeder Vorwurf, der dem Rat gemacht werde, werde von diesem geprüft, aber er könne versichern, daß die Regierung im Saargebiet gerecht vorgehe und im Interesse des Landes (Weiches? Red.) handele. Die ganze Propaganda verfolge den Zweck, die Regierung zu diskreditieren und nicht dem Lande zu helfen. Lord Balfour spricht dann über die russische Hungersnot. Die russische Regierung habe jede Möglichkeit einer Untersuchung verhindert. Zum Schluß seiner Rede wendet sich Balfour gegen den Vorwurf Lord Cecilis, daß der Völkerbund nicht in den kleinasiatischen Krieg eingegriffen habe; der Völkerbund sei lange nicht genügend ausgerüstet, um eine solche Intervention zu unternehmen.

Scialoja-Italien

führt aus: Der Völkerbund habe den Beweis seiner Leistungsfähigkeit erbracht. Der Krieg habe alle Völker so sehr zu den äußersten Anstrengungen verpflichtet, daß man nicht über ein gewisses Nachlassen der Kräfte überrascht sein dürfe. Wir haben mit dem Völkerbund keinen Erwachen auf die Welt gebracht, sondern ein Kind. Jedenfalls aber stellt der Völkerbund den stärksten Zusammenschluß von Kräften dar, der gegenwärtig existiert.

Bellgarda-Haiti

fragt, warum der Völkerbund an Interesse verloren habe. Er sagt, daß, wenn die Vereinigten Staaten eines Tages daran teilnehmen werden, das Interesse der Welt wieder ermanen werde. Er kommt dann auf die Rede von Edgar Walters-Südafrika zu sprechen. Die zivilisierten Völker haben es in Südafrika gemacht, wie überall. Sie sind mit Steuern und Gebühren gekommen. Man hat

die Eingeborenen mit so hohen Steuern belegt,

daß sich einige Stämme zur Wehr gesetzt haben und man hat mit ihnen gemacht, wie man es immer macht: Man ist mit den Mitteln der modernen Kultur gekommen: mit Tanks, Kanonen und Flugzeugen. In den Kämpfen wurde eine große Anzahl von Gefangenen gemacht, und wer Gefangene sah, der sah auch Massakres. Die Frauen und Kinder, die nicht wußten, wohin sie sich flüchten sollten, wurden massakriert. Der Völkerbund wird mit uns einverstanden sein, daß der Völkerbund über diese Ereignisse nicht verbreiten muß.

Der estländische Delegierte erklärt, daß die Nichtratifizierung der Rinderbittverträge, die trüffelt wurde, auf Schwierigkeiten in der inneren Gesetzgebung zurückzuführen sei.

Trygger-Schweden

führt aus: Es wäre ein unverzeihlicher Fehler, wenn man sich nicht darüber Rechenschaft ablegen wolle, ob der Völkerbund sich wirklich so entwickelt habe, wie es alle wünschen. Er hat gewisse schwierige Fragen gelöst, aber es fragt sich, ob er sich nicht zu sehr an kleinere Fragen klammere aus Furcht vor den großen Problemen. Die Lage Europas ist beklagenswert.

Das Elend wächst

und die Kollage nimmt schwerere Formen an, nicht nur im fernen Osten, sondern auch in den zivilisierten Ländern Europas. Der Völkerbund hat eine Wirtschafts- und Finanzkommission, die wirklich gründliche Arbeit leistet und doch rückt der Abgrund immer näher. Der Völkerbund wird eben erst dann wirklich wirksam werden, wenn ihm alle Staaten angehören. (Lebhafter Beifall.)

Sonnabend Fortsetzung.

Mordtat im besetzten Gebiet.

Düren, 8. September. (W.Z.) Am letzten Sonntag wurde die Frau eines französischen Unteroffiziers ermordet. Die Leiche wurde nach längerem Suchen in einem Fabriktische bei Köttelnach gefunden. Als der Tat dringend verdächtig ist laut „Dürener Zeitung“ ein Mädchen aus Huchem durch die französische Gendarmerie festgenommen worden. Sie soll Beziehungen zu dem Ehemann der Ermordeten gehabt haben. Das Verbrechen ist auf Eifersucht zurückzuführen.

Die Einwohner von Nammedy haben gegen die überaus hohen Steuern protestiert, die ihnen auferlegt sind, seitdem das Gebiet an Belgien gekommen ist.

Wirtschaft

Devisenkurse.

	8. September		7. September	
	Käufer (Gold)	Verkäufer (Brief)	Käufer (Gold)	Verkäufer (Brief)
100 holländische Gulden	55080.—	56070.—	48988.75	40061.25
1 argentinischer Papier-Peso	521.32 1/2	522.67 1/2	454.42 1/2	455.87 1/2
100 belgische Franc	10611.70	10698.30	9588.—	9812.—
100 norwegische Kronen	25770.25	25829.75	20973.75	21026.25
100 dänische Kronen	30661.60	30738.40	27066.10	27133.90
100 schwedische Kronen	35052.85	35147.65	33957.50	34042.50
100 finnische Mark	2046.30	2053.70	2036.70	2043.30
1 japanischer Yen	659.10	660.00	614.20	615.80
100 italienische Lire	6292.10	6307.90	5617.95	5632.05
1 Pfund Sterling	6411.95	6428.05	5617.95	5632.05
1 Dollar	1423.21	1426.79	1298.37	1301.63
100 französische Franc	11186.—	11214.—	10162.25	10187.75
1 brasilianischer Milreis	189.76	190.24	170.78	171.22
100 Schweizer Franc	27340.75	27400.25	24569.25	24630.75
100 spanische Psetos	22222.15	22277.85	19099.95	20050.05
100 österr. Kronen (abgest.)	1.75 1/2	1.70 1/2	1.68	1.72
100 tschechische Kronen	4689.16	4698.85	4344.55	4355.45
100 ungarische Kronen	68.92	64.08	55.98	56.07
100 bulgarische Lewa	848.90	851.10	739.05	740.95

100 Polen mark galten gestern etwa 19,50 Zl.

Von den Metallmärkten.

Selbstverständlich war für die Entwicklung am Metallmarkt wie für die übrigen Warenmärkte der Kursstand der Devisen von einschneidender Bedeutung; aber während an den übrigen Warenmärkten trotz rückläufiger Bewegung des Dollarkurses von einem Nachlassen der Preise keine Rede war, waren die Preise für Metalle niedriger mit der Höherbewertung der Mark. 3. konstantieren ist an fast allen Metallmärkten eine starke Materialknappheit, die in erster Linie durch den großen Streik in Amerika verursacht wurde und durch den damit zusammenhängenden Kohlen- und Arbeitsmangel.

Trotzdem ist die Kupferförderung Amerikas, des Hauptproduzenten von Kupfer, seit Kriegsende um 50 Proz. gestiegen; der Friedensstand ist damit immer noch nicht erreicht, auf der anderen Seite ist aber der Bedarf bedeutend größer geworden. In den Vereinigten Staaten ist zugunsten der Kupferverwendung, die der Kupferproduktion auch für schlechte Zeiten einen Rückhalt am eigenen Markte geben soll, eine erfolgreiche Propaganda eingeleitet worden. Schaufensterdekorationen, Innenbefestigungen, Bedachung usw. werden jetzt dort in Kupfer ausgeführt. Dadurch ist Amerika gegenwärtig auch der Hauptverbraucher von Kupfer der Welt. Starke Abnehmer ist ferner Frankreich; dort haben die großen Eisenbahngesellschaften begonnen, ihre Bahnen zu elektrifizieren. Befamnis ist die Elektrizitätsindustrie der wichtigste Verbraucher dieses Metalls.

Am Zinnmarkt liegen die Verhältnisse ähnlich. Zwar rechnet man mit einer größeren Produktion, da die in China zahlreich vorhandenen kleineren Zinnerze mit Hilfe amerikanischer Kapitalisten erschlossen werden sollen, aber auch der Bedarf ist gestiegen, trotzdem die Südwälder Weichblechindustrie über Mangel an Beschäftigung klagt und die deutschen Zinnerverbraucher zu Sparmassnahmen gezwungen sind. Sie haben Umarbeitungen von Weichblechrückständen (Konferenzen usw.) zu Zinn vorgenommen, außerdem hat Deutschland in der letzten Zeit aus Böhmen Zinnerze zur Verhüttung eingeführt.

Bei wird in erster Linie von den britischen Aluminiumfabriken begehrt. Ist aber sehr wenig zu haben, da aus Australien infolge Kohlen- und Frachtknappheit sehr wenig herankommt. Zeitweise war mexikanische Ware frei geworden, da die Amerikaner, die Hauptabnehmer des mexikanischen Bleis, wegen der Arbeiterwirren keinen Bedarf hatten, doch handelt es sich hierbei um kaum nennenswerte Mengen.

Außerordentlich knapp ist Zink. Wenn auch die Förderung in Polnisch-Oberlothringen keineswegs sich verringert hat, so konnten nennenswerte Mengen aus diesem Gebiet für die Verbringung deswegen nicht in Betracht, weil das polnische Transportwesen höher verlagert hat und infolgedessen das produzierte Material nicht verfrachtet werden kann. Dieser Markt war deswegen der Tumultplatz der Spekulation. Bieweil die Hoffnung auf Erschließung von Blei- und Zinnerzfeldern in Rheinland-Westfalen sich verwirklichen lassen wird, wird in erster Linie davon abhängen, ob es möglich sein wird, die Arbeiterwohnungsfrage einer befriedigenden Lösung entgegenzuführen.

Die nachfolgende Tabelle stellt die Preisschwankungen an den hauptsächlichsten Metallmärkten dar:

	100 kg	30. 12. 19	30. 12. 21	30. 12. 22	31. 7. 23	7. 9. 23
Elektrolyt-Kupfer	2208	5 833	11 334	20 742	43 036	
Original-Hüttenweichblei	680	2 000	4 050	7 800	15 000—	16 500
Original-Redmetall (freier Verkehr)	865	2 100	4 550	8 800	30 500—	22 000
Glühzinn, mindestens 99%	6275	13 350	24 850	47 850	108 000—	107 000

Die Tabelle zeigt, wie mit der Kurssteigerung des Dollars auch die Preise der Metalle ohne Ausnahme sich windeln und die Höhen erkennen haben, obwohl in den letzten Tagen mit der Devisenabwärtung auch am Metallmarkt eine Preislenkung eingetreten ist. Allerdings ist sie im Hinblick auf die gewaltige Steigerung vorher ohne große Bedeutung.

Die Neuregelung der Zuckervirtschaft.

Die Zuckervirtschaft soll entsprechend den vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft aufgestellten Richtlinien neu geregelt werden. Der Reichsernährungsminister empfiehlt einen lädenlosen Zusammenschluß der Zuckerrabriten. Zu diesem Zweck wurde ein neuer Vertrag entworfen, der jetzt noch der Durchberatung sämtlicher Fabriken vorliegt. Wie der „Soz. Parlamentsdienst“ meldet, soll die Unterzeichnung binnen drei Tagen erfolgen. Die Zuckerrabriten müßten sich also rasch darüber entscheiden, ob sie den Vertrag anerkennen oder vom Vertragsverhältnis zurücktreten wollen. Das Ergebnis der Stellungnahme der Fabriken wird zu Beginn der nächsten Woche vorliegen.

Der Zweck des Vertrages besteht in der Hauptache darin, einen neuen Berechnungsmodus zwischen den Fabriken und den Rübenbauern einzuführen. Das Ziel ist die Stabilisierung des Zuckerpreises durch feste Abmachungen zwischen den Fabriken und den Rübenbauern. Jede Fabrik soll in der Rübenbelieferung sobald als möglich sichergestellt werden, und ebenso soll das Risiko des Rübenbauers durch eine geregelte Uebernahme der Ernte herabgedrückt werden. Also Regelung in der Vertikung des Rohstoffs und Bekämpfung der Preistreiber bei Rohstoff. Durch die Sicherstellung des Rübenbauers soll dieser zu einer Vermehrung der Produktion angehalten werden, die allein auf die Dauer die Zuckerfamilie beseitigen kann.

Nach der Annahme des neuen Vertragsentwurfs erfolgt die Schaffung eines Beirates bei der Zuckervirtschaftsstelle, in dem auch die Verbraucher, die direkten und indirekten (Weiterverarbeiter) vertreten sein werden. Man wird sich in dem Beirat auch mit der Frage der Einschränkung des Zuckerverbrauchs durch die Weiterverarbeiter beschäftigen. Eine gewisse Drosselung in der Weiterverarbeitung des Zuckers (zu Schokoladen u. dgl.) wird eintreten. Allein auch hier können gewisse Grenzen nicht überschritten werden. Das Interesse der Arbeiter der Schokoladenfabriken und ähnlicher Unternehmungen kann nicht völlig außer acht gelassen werden. Schließlich wird auch die Marmeladenproduktion angesichts des teuren Feitaufstrichs und der hohen Fleischpreise eher eine Steigerung als eine Einschränkung erfahren müssen. — Ende der kommenden Woche wird zwischen den Vertretern der Zuckerindustrie und dem Reichsernährungsministerium eine neue Aussprache stattfinden.

Cuxhavens Ausbau zum Groß-Fischmarkt. Cuxhavens neue Fischmarktanlagen sind in Anwesenheit der Ernährungsminister der Länder, der Vertreter des Senats und der hamburgischen Behörden feierlich eröffnet worden. Die Entwicklung der Cuxhavener Hochseefischerei machte den Hafenausbau zur Notwendigkeit. Der Hafen selbst wurde um 616 Meter auf 980 Meter verlängert. 6 Fischhallen mit 800 Meter Längsmaß bieten auch den größten Ansehern die Möglichkeit schnellsten Abflusses. Der Hafen reicht jetzt für eine Flotte von 140 Fischdampfern, so daß die Cuxhavener Fangflotte, die zurzeit 60 und nach Fertigstellung der Neubauten 70 Dampfer umfassen wird, noch in Zukunft verdoppelt werden kann.

Ein französischer Spinnereikoncern in Ägypten. Zwischen dem ägyptischen Landwirtschafts-Departement und einer französischen Kapitalistengruppe sind, dem „Konfessionär“ zufolge, Anfang September Vereinbarungen zustande gekommen, nach denen eine französische Aktiengesellschaft mit einem Stammkapital von 300 000 ägyptischen Pfund gegründet wird, deren Gegenstand die Errichtung und der Betrieb von Spinnereien in Ägypten ist. Man darf gespannt sein, wie sich England zu dieser neuerlichen französischen Expedition stellen wird.

Gewerkschaftsbewegung

Stinnes-Vertrag und ADGB.

Die „Rote Fahne“ setzt in Nr. 393 vom 7. September ihren Kampf gegen den ADGB fort: „Der Vorstand des ADGB als Vermittler des Stinnes-Paktes“. Unter dieser Ueberschrift behauptet sie unverfroren: „Die Gewerkschaftsleiter und die Parteileitungen sind bewußt mit Stinnes im Bunde. Die Gewerkschaftsführer haben den Herren von der Schwerindustrie im Namen des Proletariats die Auslieferung des Proletariats garantiert. Während Stinnes zum erstenmal selbst auf die Bühne trat, haben die Leipart, Grafmann, Silbermann hinter den Kulissen ihre Rolle fein und leise gespielt. Das Proletariat verlangt Rechenschaft.“ In diesem Tone geht es durch drei Spalten. Dazwischen wird England angerufen, doch nur den Stinnes-Vertrag zu betonen, weil er englische Interessen verleiht. Dr. Benisch, der anlässlich des Bergarbeiterabkommens in der „Dtsch. Allg. Zig.“ von der Notwendigkeit einer Mitverantwortlichkeit bei der Erfüllung der Reparationsverpflichtungen geschrieben hat, wird als Kronzeuge angerufen, um zu beweisen, daß der ADGB den Stinnes-Vertrag vor seinem Entstehen gekannt und seine Durchführung garantiert habe. Es ist die alte Taktik der Kommunisten im Kampfe gegen die Gewerkschaften: Verleumdung, Lüge, hebe, ein Teil der nicht informierten Arbeiter wird es schon glauben. Und warum dieses Ueberheben der „Roten Fahne“? Weil die Bergarbeiter angesichts der Kohlennot Deutschlands, die seine Industrie lahmzulegen droht, sich entschlossen, Ueberarbeit zu leisten. Die Gewerkschaftsführer, die die durchschlagenden Gründe anerkennen mußten, sind „Verräter“. Gewiß, den Kommunisten und der „Roten Fahne“ ist die Lösung der Ueberarbeitfrage nicht angenehm. Nicht weil sie dem Proletariat den Achtstundentag erhalten wollen, denn in Sowjetrußland zwingt man den Arbeiter zu zehn- bis zwölfstündiger Arbeit. Aber man kann nicht den Rettungsweg für das Proletariat wollen, weil man im Zusammenstoß alles Bestehenden, im vollendeten Chaos die Vorbereitungen für den Kommunismus sieht. Darum keine Mehrforderung von Kohle, darum ist der Beschluß über das Ueberarbeitabkommen ein Verrat seitens der Gewerkschaftsführer. Mag doch die Industrie stillstehen, mögen doch die Arbeitermassen hungern und frieren, dann werden sie wenigstens zur höheren Ehre Moskaus auf die Straße gehen und alles zerschlagen.

Ist es wirklich notwendig zu sagen, daß der Stinnes-Vertrag, über den am 2. September die Hoops zuerst berichtete, dem Vorstand des ADGB völlig unbekannt war? Ist es nötig zu beweisen, daß die Behauptungen der „Roten Fahne“ der vollkommenste Unsinn sind, den je die an Lüge und Verdrehung so reiche „Rote Fahne“ ausgeheckt hat?

IFA-Bund und Stinnes-Abkommen.

Vom IFA-Bund wird uns geschrieben: Der IFA-Vorstand stellt gegenüber den Anwürfen von kommunistischer Seite, daß er an Besprechungen oder Verhandlungen über das Abkommen zwischen Herrn Stinnes und den Vertretern der französischen Wiederaufbau-Gesellschaften beteiligt gewesen sei, fest, daß er weder selbst noch durch Vertreter oder Beauftragte an irgendwelchen Besprechungen oder Verhandlungen weder mit Herrn Stinnes noch mit anderen industriellen Vertretern über dieses Abkommen teilgenommen hat.

Lohnbewegung im Fleischnetzwerke.

Zu den am schlechtesten entlohnten Arbeitern unter allen Berufen gehören unstreitig die Fleischnetzwerker und Verkäuferinnen im Schlachthausgewerbe Berlins. Noch heute bestehen hier Löhne von 960 bis 1535 Mark pro Woche für die Gefellen und 1800 bis 3300 Mark pro Monat für die Verkäuferinnen. Die Zersplitterung im Kleinergewerbe bringt es mit sich, daß nicht immer so eine Lohnregelung erfolgen kann, wie es notwendig und wünschenswert erscheint. So, daß trotz der steigenden Teuerung im Laufe des Jahres bei der Lohnregelung wiederholt Monate überprüfungen wurden.

Selbst die seit 3 Wochen ständlich steigende Teuerung kann die Herren Ober- und Altmeister nicht veranlassen, ein bißchen schnelleres Tempo bei den Verhandlungen zustande zu bringen. Es hat beinahe den Anschein, als ob man ein System der Verschleppung zuzugeben will. Seit dem 26. August sind die Forderungen eingereicht und noch heute hat man keine bestimmte Nachricht, wann die Verhandlungen für September stattfinden sollen. Frühere Lohnbewegungen erbrachten den Beweis, daß Nachzahlungen rundweg abgelehnt wurden. So wird man auch diesmal versuchen, den neuen Lohn erst vom Tage der Verhandlung in Geltung zu bringen und hat für den Arbeitgeber diverse Wochenzulagen verdient. Von vornherein wollen wir die Bevölkerung Berlins darauf hinweisen, daß die Preise für Fleisch und Wurst, so hoch sie zurzeit auch sind, mit den Löhnen der Beschäftigten in keinem Zusammenhang stehen. Denn seit 1. August ist keine Zulage erfolgt und doch sind die Preise seitdem um 150 bis 200 Proz. teilweise noch mehr gestiegen. Auf 1 Pfund Fleisch resp. Wurst liegen zurzeit an Löhnen für sämtliches Personal im Durchschnitt

1,80 M. Bei einem Preis von 180 bis 200 M. macht dies rund 1 Proz. aus. Wir weisen deswegen darauf hin, weil die Fleischnetzwerker von jeher die Schuld für die hohen Preise ihren Kunden gegenüber mit den „hohen“ Löhnen begründeten.

Entschädigung der Arbeiter des Flugzeugbaues.

Alle Facharbeiter und nur solche, die infolge des Betriebs des Luftfahrzeugbaues arbeitslos wurden oder als Kurzarbeiter in Frage kamen, erhalten vom Reich eine Entschädigung. Die Entschädigungsansprüche müssen bis spätestens 13. September 1922 beim Reichsverkehrsministerium eingereicht werden. Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes ersucht ihre Mitglieder, ihre Anträge sofort dem Kollegen Weise, Zweigbüro Ober Schönneweide, auszuhandeln. In Frage kommen nur die Facharbeiter und Facharbeiterinnen, die nach dem 29. Juni 1921 aus der Flugzeugindustrie entlassen worden sind oder als Kurzarbeiter beschäftigt waren und sich bei der Erwerbslosenfürsorge innerhalb 6 Tagen gemeldet haben. Für die Arbeiter-schaft von Sablatnik und Albatros sind die Anträge bereits gestellt worden. Nicht in Frage kommen die Arbeiter, die vor dem 29. Juni 1921 infolge des Friedensvertrages oder einer Betriebseinsparung oder einer freiwilligen geldlichen Abfindung entlassen worden sind.

Streik der Angestellten des Baugewerbes?

Am Mittwoch, den 6. September, fand im „Nordischen Hof“, Invalidenstr. 4, eine Versammlung aller im Hochbaugewerbe beschäftigten technischen und kaufmännischen Angestellten statt, in welcher Wille vom IFA-Bund referierte. Es bestehen zwei Tarifverträge, einer für die kaufmännischen und einer für die technischen Angestellten. Tarifkontrahenten auf Arbeitgeberseite sind: der Beton- und Tiefbauarbeiterverband und der Verband der Baugeschäfte von Groß-Berlin G. V. Durch Schiedspruch wurden die Augustgehälter für die Angestellten festgesetzt. Der Beton- und Tiefbauarbeiterverband nahm den Schiedspruch an, während der Verband der Baugeschäfte ihn ablehnte, obwohl er unter Zustimmung der vom Verband der Baugeschäfte benannten Arbeitgeberseite zustande kam. Der Verband der Baugeschäfte, bekannt durch seine reaktionäre Führung, beschloß, anstatt der durch Schiedspruch festgelegten 50prozentigen Gehaltserhöhung eine solche von 33 Proz. vorzunehmen, offenbar in dem Glauben, daß sich die Angestellten damit abfinden würden. Das ist aber ein Tertium. Wir werden mit aller Energie und mit allen Mitteln danach trachten, den Schiedspruch zur Durchführung zu bringen. Der Referent legte eine Entschlieung vor, in der entschieden gegen das Verhalten der Arbeitgeber protestiert und von ihnen verlangt wird, daß sie bis zum 12. September ihren ablehnenden Standpunkt aufgeben. Sollten sie sich dazu nicht bereit finden, so hat sofort eine Urabstimmung in den Betrieben über zu ergreifende Kampfmaßnahmen stattzufinden. In der äußerst lebhaften Aussprache wurde von mehreren Rednern bemängelt, daß der entscheidende Termin zu spät angegeben sei und sofortige Urabstimmung verlangt. Schließlich wurde aber die Entschlieung in der vorgelegten Fassung doch angenommen. Eine erhebliche Minderheit stimmte dagegen und verlangte die sofortige Aufnahme des Kampfes.

3. Internationale und „Einheitsfront“.

Spaltung der tschechischen Gewerkschaften.

In der „Gewerkschaftlichen Rundschau“ (herausgegeben von der Zentralgewerkschaftskommission der deutschen Gewerkschaften in der Tschechoslowakei, Nr. 18 vom 1. September) wird mitgeteilt, daß am 18. August die dem Prager Zentralgewerkschaftsrat angeschlossenen Gewerkschaften, in denen die Kommunisten den Ausschlag geben, beschloßen haben, die Zahlung der Beiträge an die tschechoslowakische Gewerkschaftskommission einzustellen. Gleichzeitig wurden die kommunistisch geführten Ortsgruppen der übrigen Verbände aufgefordert, keine Beiträge an ihre Zentralleitungen abzuführen. In nächster Zeit soll eine kommunistische Gewerkschaftstagung stattfinden, wo die Errichtung eines Bundes der zur Moskauer Gewerkschaftsinternationale stehenden Verbände und Gruppen beschloßen werden soll.

Auch ein Beweis dafür, wie die Herrschaften von der 3. Internationale die „Einheitsfront des Proletariats“ auflassen.

Wie könnte die Eisenbahn sparen?

Aus Eisenbahnerkreisen schreibt man uns: Auf dem Eisenbahn-Zentralamt befindet sich eine Kantine. Als Bäcker hat man nicht etwa einen kriegsbeschädigten Kellner oder Koch bestellt, der etwas von der Sache versteht, sondern einen nach der Besoldungsgruppe 7 bezahlten Eisenbahnsekretär. Trotzdem keine Bezahlung aus den Mitteln des Reichs erfolgt, hat er kein Arbeitspensum, sondern gibt sich mit Lust, Liebe und Eifer den Geschäften des Geldverdienens als Kantinenpächter hin. Bisher mußten alle Beamten — o schreckliche Zeit! — in einem Raume zusammen speisen. Das gefiel dem Herrn Kantinenverwalter nicht, deshalb richtete er für die zahlreichen oberen Beamten ein besonderes Zimmer ein und nimmt seit dieser Zeit — damit auch die Herren ja vollkommen unter sich bleiben — für diese den Kellner.

Dieser Kantinenpächter, als er noch Beamtenpächter ausübte, ist in den Beamtenrat gewählt worden. Diese Stellung hat er bis heute behalten. Damit sein Geschäft als Kantinenverwalter recht einträglich ist, versteht er es, dem Personal jede Möglichkeit zum Wärmen von Speisen und Getränken dadurch zu nehmen, daß die Gasleitungen herausgerissen werden usw. Allerdings gibt man einen kleinen Zeitraum frei, in dem jeder einzelne warmes Wasser zum Ausbrühen von Tee, Kaffee usw. erhalten kann. Wer infolge irgendwelcher Verhältnisse diese ganz kurz bemessene Zeit verläßt, darf „im dienstlichen Interesse“ kein warmes Wasser mehr erhalten, wohl aber kann er bei dem Herrn Kantinenpächter alles das für Geld erhalten, was er sich selbst nicht zubereiten konnte.

Durch seine Stellung als Beamtenrat wehrt dieser Herr Kantinenpächter auch alle Angriffe des Personals auf seine Kantinentätigkeit ab, weil er für alle Beschwerden die Berufungskommission ist und mitentscheidet.

Ob diese Zeiten genügen werden, der Eisenbahnerverwaltung zu zeigen, daß ein annehmbar bezahlter Beamter einem stellungslosen Koch oder Kellner zu weichen und für sein Gehalt auch den entsprechenden Beamtenpächter zu leisten hätte?

Die Folgen von Versailles.

Der Zusammenbruch der Mark und der österreichischen Krone und das gleichzeitige Steigen der tschechischen Krone hat in der Tschechoslowakei eine ungeheure Wirtschaftskrise ausgelöst.

Die Unternehmerinternationale in der tschechoslowakischen Republik hat beschloßen, diese Wirtschaftskrise auszunutzen und die Löhne entsprechend herabzudrücken. Auf die Lebensmöglichkeit der Gesamtarbeiterschaft wird natürlich keine Rücksicht genommen.

Die Union der Textilarbeiter der Tschechoslowakei erhielt im Laufe der letzten Tage Vertragskündigungen, die über 60 000 Textilarbeiter in Mitleidenschaft ziehen. Andererseits werden bereits Stilllegungen von Betrieben angekündigt.

Die altberühmte tschechoslowakische Glasindustrie steht unmittelbar vor dem Zusammenbruch. Der wahnsinnige Vertrag von Versailles zieht immer weitere Kreise.

Lohnbewegung der Handelsreisenden im Textilgroßhandel und der Lederwirtschaft. Die Verhandlungen des Deutschen Transportarbeiterverbandes mit dem Groß-Berliner Arbeitgeberverband des Großhandels führen zu keinem zufriedenstellenden Ergebnis. Das Angebot der Arbeitgeber, die bisher unzureichenden Löhne um nur 50 Proz. zu erhöhen, lehnte die Lohnkommission der Arbeitnehmer entschieden ab. Die Verhandlungen werden fortgesetzt, jedoch sollen in Anbetracht der großen Notlage der Arbeiterschaft bei der diesmaligen Lohnzahlung vorläufig 50 Proz. im Textilgroßhandel und 40 Proz. in der Lederwirtschaft auf die jeweiligen Tarifsätze zur Auszahlung kommen. Sollte das neu zu erwartende Angebot der Arbeitgeber nicht annähernd den Teuerungsverhältnissen Rechnung tragen, so ist in diesen Gruppen sicher mit Arbeitsniederlegung zu rechnen.

Dachdecker und Berufsgenossen! Der Stundenlohn beträgt ab 1. September für den Dachdecker 68 Mark, für den Hilfsarbeiter 64,60 Mark. Zur weiteren Information sende jede Werkstelle ihren Vertrauensmann zur Sitzung am Montag, den 11. September, 7 Uhr, Sophienstr. 8, bei Hummel.

Der sächsische Transportarbeiterstreik. Durch Vermittlung des sächsischen Arbeitsministeriums fanden am Donnerstag Verhandlungen über die Beilegung des sächsischen Transportarbeiterstreiks statt, die ergebnislos verliefen, weil die Unternehmer zu keinen Zugeständnissen über die Löhne bis zum 15. September bereit waren, sondern die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit verlangten. Da die Arbeiter diesem Verlangen nicht nachkommen konnten, geht der Kampf mit unverminderter Schärfe weiter. Die Streitenden haben sich bereit erklärt, alle Notstandsarbeiten zu verrichten und besonders die Brotversorgung, die Belieferung mit Hausbrandkohle und die Kohlenversorgung der Krankenhäuser, Gaswerke usw. sicherzustellen.

Verantwortlich für den reb. Teil: Wieland Schill, Berlin; für Anzeigen: H. Giese, Berlin. Verlag: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin. Linienstr. 3. Nr. 1. Berlin.

Gesundheit und Wohlbefinden der Familienmitglieder sind abhängig von der Bereitung der Speisen. Man lerne deshalb auch den Nährwert der einzelnen Nahrungsmittel kennen, um aus dieser Kenntnis heraus den

Leigwaren

Makkaroni, Nudeln, Hörnchen
den ersten Platz einzuräumen!

Was sagen die Sieger?

Der bekannte Automobilist Herr

Fritz von Opel,

Sieger im ersten Grunewaldrennen (Kl. VIIIa) und zahlreichen anderen bedeutenden Veranstaltungen, schreibt über Continental-Cord:

..... Er ist verhältnismäßig leicht und elastisch und schnell, aber nichtsdastoweniger von denkbar größter Dauerhaftigkeit, und zwar vor allem deshalb, weil die überaus günstige Profilierung der Lauffläche ebenso den Durchschlag von Nägeln oder Schotter wie jedes unbeabsichtigte Schleudern des Wagens verhindert. Diesen Reifen, auf dem ich das schnellste deutsche Rennen und zweit-schnellste Straßenrennen der Welt gewonnen habe, wird jeder schätzen lernen, der ihn gefahren hat und der Sinn für umwälzende technische Neuerungen hat.

gez. Fritz von Opel.

Der N. A. C.-Fahrer Herr

Christian Riecken,

Sieger des diesjährigen Avusrennens (Kl. III), hielt den Kundenrekord dieser Bahn und schreibt uns unaufgefordert wie folgt:

..... Ich hatte bereits während des Trainings festgestellt, daß der Cordreifen tatsächlich besonders schnell ist und daß er eine sehr geringe Wärmeentwicklung hervorruft; aus diesem Grunde gab ich auch Ihrem Fabrikate den Vorzug. Es freut mich besonders, daß der Baharekord mit Ihrem Fabrikat aufgestellt wurde, was ja letzten Endes die Probe auf das Exempel bezüglich Qualität gab. Ich beglückwünsche Sie zu einem derartigen Fabrikat.

gez. Christian Riecken.

Immer neue Erfolge legen Zeugnis ab für die Oberlegenheit des

Continental Cord

